1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 4 vom 25. Januar 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Der nächste Schlag

— ist bereits in Vorbereitung. Gegen die Rentner. „Diskussionsmodelle“ sind: weitere Anhebung des Krankenkassenbeitrags auf 6 Prozent, Anhebung des Rentenbeitrags auf 19 Prozent, Umrechnungen auf Kosten des Arbeitslosengeldes. Ein Doppelschlag also, Verlierer sollen Arbeitslose und Rentner sein, denn es wird ja ein neues Loch in der Arbeitslosenversicherung aufgerissen, das dann durch abermalige Sparmaßnahmen wieder „gestopft“ werden soll.

Die Regierung setzt damit ihren bisherigen Kurs fort: Systematische Verarmung ganz bestimmter Schichten der Bevölkerung, die jedes Mal „dran“ sind und es auch sein sollen. In der Regel sind dies — weltweit betrachtet, und das muß man insofern tun, als es eine durchgehende Charakteristik konservativer Politik ist — stets solche Schichten, die keine oder nur eine schwache organisierte Interessenvertretung haben.

Neu können diese jüngsten Absichten nicht sein, dazu sind sie in den wenigen Tagen, seitdem sie aufgekommen sind, bereits viel zu detailliert dargelegt worden. So bestätigt sich die Vermutung, daß noch sehr weitgehende Pläne in den Schubladen von Blüms Ministerium liegen. Wie diese Pläne aussehen werden — das kann man in bisherigen Stellungnahmen des BDI sicher nachlesen…

Wiederaufarbeitung

Nun soll also in Bonn die Entscheidung endgültig fallen: Für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für die AKW-Industrie. Dabei soll der bayerische Standortsvorschlag favorisiert werden. Erneut wird also ein Milliardengeschäft begonnen, in dessen Vollzug die Staatskassen mächtig in Anspruch genommen werden sollen. Ein lange beschworener „Investitionsstau“ wird abgebaut, Profite winken satt.

Wenn das Geld knapp wird, gibt es ja noch die Kassen der verschiedenen Sozialversicherungen (siehe oben). Und was die Sicherheit betrifft, die ist garantiert. Der sehr ehrenwerte Franz Josef hat sozusagen sein Ehrenwort gegeben.

„wg Eberle 350 000 DM“

Flicks schneller Draht zu Lothar Späth

Immer neue Details der Arbeit der Flick-Leute zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach Milliardensteuerersparnis kommen im Bonner Untersuchungsausschuß zutage. Derweil berichtet der „Spiegel“ ganz offen über Gespräche zwischen Kohl und Brandt, die der „Sache“ ein Ende setzen wollen.

Am Montag dieser Woche kam zutage, wie vielfältig die Wege waren, die Flick und Co. einschlagen ließen. Dieses Mal ging es um die Einflußnahme auf die Landesregierung von Baden-Württemberg (die, wie andere Landesregierungen auch, am Verfahren zur Steuerbefreiung beteiligt war). Flicks Finanzdirektor Wacker war es aufgetragen, den Beamten des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums ein schnelleres Tempo bei der Bearbeitung des Antrags nahezulegen. Wacker formulierte es in seinen Notizen so:

„… daß über Herrn Späth dem Eberle-Ministerium Beine gemacht werden.“

Dazu gab Wacker dem Chef der (zu Flick gehörenden) Feldmühle AG, Krug, den Auftrag, über den Verleger Burda den schnellen Draht zu Lothar Späth zu knüpfen. Es ging darum, daß im September 1978 das baden-württembergische Wirtschaftsministerium Flick antwortete, es werde noch mehrere Jahre dauern, bis endgültiger Bescheid vorliege.

Als daraufhin der Weg Wacker-Krug-Burda-Späth eingeschlagen wurde, dauerte der ganze Bewilligungsvorgang gerade noch — drei Tage. Der schnelle Weg hat ganz offensichtlich superschnell funktioniert.

So hat die baden-württembergische Landesregierung einmal mehr alle Rekorde geschlagen, als es darum ging, schnell Liebesdienste fürs Großkapital zu leisten. (Siehe dazu auch Seite 3).

Bleibt zu ergänzen, daß vier Wochen später in den schwarzen Büchern Flicks die Eintragung auftauchte, daß 350 000 DM ausbezahlt worden seien „wg. Eberle“. Aber der ist ja gestorben…

Im Ausschuß fanden es CDU-Mitglieder ganz normal, daß „deutschen Beamten manches Mal Beine gemacht werden müssen“.

Die wachsende Frechheit und Kaltblütigkeit, mit der CDU-Vertreter die serienweise enthüllten politischen Skandale zur Kenntnis nehmen und mit einem Achselzucken abtun, sei es wie jetzt, zweimal in Stuttgart, sei es in Mainz oder Bonn, hängt selbstverständlich unmittelbar damit zusammen, daß eine Große Koalition in Bonn immer sichtbarer wird — zwar nur zum Zwecke der Beendigung der Untersuchungen und Enthüllungen, aber das reicht auch fürs Erste an „Staatsräson“.

Alle Überlegungen, die teilweise auf der Linken angestellt wurden, in Bonn werde man das Ganze benutzen, um in einer großangelegten vorgespielten „Selbstreinigungskampagne“ zu demonstrieren, wie demokratisch die BRD sei, erweisen sich angesichts dieser Tatsachen noch mehr als falsch als sie bereits von Beginn an zu erkennen waren.

Im Gegenteil sind es gerade mangelnder Protest und Widerstand, der Verzicht auf politischen Druck zumindest gegen solche Leute, die offen als Geld- und Befehlsempfänger des Kapitals dastehen, die dazu beitragen, daß ein Kohl mehr oder minder unangefochten weiterregieren kann, trotz der Skandalberge. Der SPD-Führung, zumindest in großen Teilen, wird man aber einmal mehr ins Stammbuch schreiben können, sie habe sich um das Staatswesen verdient gemacht — aber sonst auch um nichts. Strauß' Wunsch „Schluß mit dem Wohlfahrtsausschuß“ scheint in Erfüllung zu gehen.



Zum 23. Januar, dem „Tag für Afrika“

Hilfe tut not

Täglich verhungern 40 000 Kinder

Wenn diese Ausgabe unserer Zeitung in Druck ist, am Mittwoch dem 23. Januar, soll die Bevölkerung der Bundesrepublik mit einer bislang beispiellosen Großaktion um Spenden für die hungernden Menschen in Afrika gebeten werden. In Anlehnung an eine ähnliche Aktion in den Niederlanden, wo die 14 Millionen Einwohner am 26. November des vergangenen Jahres 70 Millionen Gulden aufbrachten, wird „Ein Tag für Afrika“ auch hier massiv aus verschiedensten Kreisen unterstützt.

Die großen Hilfswerke wie das *Diakonische Werk* und *Brot für die Welt*, das *Deutsche Rote Kreuz*, *Caritas* und *Misereor*, die *Deutsche Welthungerhilfe* und 14 kleinere in der *Gemeinschaftsaktion Afrika* zusammengeschlossene Verbände rufen zu diesem Spendentag auf. Mit einem ungewöhnlichen Aufwand unterstützen die Medien, allen voran die ARD die Aktion, Postämter und Banken ändern ihre Schalterstunden, Prominenz aus Showbusiness, Literatur und Schauspiel aus Sport und Politik setzen sich dafür ein. Die Organisatoren hoffen auf ein Spendenergebnis von rund 200 Millionen Mark.

Anlaß für diese Spendenaktion ist die Hungersnot in Afrika, hier speziell in Äthiopien. Seit im vergangenen Jahr die ersten Bilder über den tausendfachen Hungertod über die Fernsehschirme flimmerten, die schockierenden Bilder die Illustrierten füllten, ist eine große spontane Hilfsbewegung entstanden. Wie nie zuvor wurde aus der Bevölkerung für die Hungernden gespendet, erklärten Vertreter der oben genannten Hilfswerke. Von daher ist jetzt auch die Großaktion zu sehen, an der sich neben bekannten fortschrittlichen und linken Vertretern sogar Regierungsmitglieder und Leute der politischen Rechten beteiligen. Der massive Wille zu helfen, die Not zu lindern, wurde aufgegriffen, mündet jetzt in dem „Tag für Afrika“.

Fortsetzung auf Seite 11

Smog-Alarm im Ruhrgebiet

Neue Werte, Klagen, Notstandsübung?

Vielfältig ist das Echo auf die erstmalige Ausrufung des Smog-Alarms der Stufen II und III (im westlichen Ruhrgebiet) in der letzten Woche. Eindeutig ist dabei die Stellungnahme der Unternehmer und der CDU/CSU, die SPD ist gespalten.

1. Thyssen klagt und Stoiber hetzt.

Thyssen hat bekanntgegeben lassen, daß die Unternehmensleitung gegen die Ausrufung des Smog-Alarms der Stufe III, durch die von ihrem Unternehmen Produktionseinschränkungen gefordert wurden, Regreßansprüche erheben will. Die Rede war von rund 5 Millionen Mark Verlust — wieviel auch immer, die Klageabsicht bleibt.

Besonders raffiniert wollte ausgerechnet CSU-Stoiber (zusammen mit seinem Kumpanen Tandler) seine Politik verkaufen. Der Alarm sei eine Bankrotterklärung der Landespolitik, die NRW-Regierung hätte es eben machen müssen wie die in Bayern, statt auf Kohle auf Atomstrom zu setzen, der sei umweltfreundlich. Vielleicht bezieht dieser wenig feine Herr ja Einkünfte von den AKW-Betreibern oder Spenden, daß er da so ungeschickt vorgeprescht ist, denn die Frage der AKW-Sicherheit ist damit ja automatisch im Raum, und wer mag sich da auf Garantien ausgerechnet eines Stoiber verlassen?



In dieselbe Kerbe schlägt die CDU in NRW. Die ihr nahestehende Presse führt eine regelrechte Kampagne gegen den Alarm. Die Forderung lautet klar und eindeutig: Die alten Werte sollen wieder her. Die Dortmunder „Ruhr-Nachrichten“ dazu: Die neue Verordnung sei ein Blockademittel gegen neue Arbeitsplätze, denn mehrere Alarme im Jahr würden jede Neuansiedlung verhindern. Das geht ganz nach der klassischen Argumentation der Konservativen, Hauptsache die kapitalistische Maschine läuft, dann wird sich alles andere regeln — so oder so.

Fortsetzung auf Seite 12



Nahrungsmittelüberfluß in der EG

Untersuchungsausschuß Rheinland-Pfalz

Steuerbeamte vorher zusammengeholt

Es ist manches Mal schon beinahe unglaublich, was man sich in diesem angeblichen Rechtsstaat alles erlauben kann: Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz jedenfalls agiert nach dem Muster von Gangsterfilmen.

Der Untersuchungsausschuß des Landtages, der vor allem das Gebaren des früheren Finanz- und heutigen Bundesratsministers J.W. Gaddum untersuchen soll, wurde von der Landesregierung regelrecht betrogen.

Erst in der letzten Woche sagte ein Beamter des Finanzministeriums aus, alle geladenen Beamten des Ministeriums seien vorher zusammengeholt worden. Nicht nur, daß sie sich dort absprechen konnten, Aussagen aufeinander abstimmen. Ihnen wurden auch alle diesbezüglichen Akten ausgehändigt — das heißt, sie konnten sich wirklich allseitig auf die Vernehmung vorbereiten, ein gemeinsames, ebenso rundes wie verlogenes Bild malen.

Der Abteilungsdirektor der Oberfinanzdirektion Koblenz, Erich Maus, gab dann diese Absprachen zu. Daraufhin wurde zumindest sein Vorgesetzter, der Koblenzer Finanzpräsident Geeb — der zuvor schon ausgesagt hatte, ohne die Vorbereitung zu erwähnen — erneut vor den Ausschuß zitiert. Dort gestand er dann endlich die Sache ein.

Am Tag danach ließ das Mainzer Finanzministerium verlautbaren, die Treffen hätten lediglich der Information des neuen Finanzministers Wagner gedient. Wozu dafür alle Beamte kommen mußten, wozu ihnen dafür alle Akten zur Verfügung stehen mußten — auf solche Fragen konnte oder wollte das Ministerium keine Antwort geben.

Da soll offensichtlich der Steuerbetrug mit allen Mitteln gedeckt werden. Denn schließlich geht es ja um eine der Zentralstellen für die bundespolitischen „Spender" — gerade Koblenz war, vor allem durch das Wirken der Herren Gaddum und Graf Lambsdorff das Zentrum der Betrügereien. Und es geht ja auch — einmal mehr — um den Kanzler, in dessen Zeit als Ministerpräsident all die Verschiebereien fallen.

Da erscheint es heute wirklich so, als könnte sich die regierende CDU/FDP-Koalition alles leisten. Erst Betrügen und dann zur Deckung im Stile der Mafia täuschen und lügen.

Außerhalb der „Bonner Bühne" entwickelt sich Rheinland-Pfalz, neben Baden-Württemberg (siehe Seite 3), zu einem ganz besonderen Musterstück in Sachen BRD-Demokratie. Und das ganze läuft vor sich hin, ohne daß größere Organisationen irgendwelche Anzeichen zum Protest zeigen würden.



Noch ein Versprechen nicht gehalten

Katalysator: Mehr Steuern für Bonn

Finanzminister Stoltenberg war es, der gesagt hatte, die Einführung des Katalysatorautos werde insgesamt keine Auswirkung im Steueraufkommen haben, sondern eben nur Verschiebungen. Neueste Berechnungen nach den jüngsten Beschlüssen zeigen, daß einmal mehr ein Regierungsvertreter die Unwahrheit gesprochen hat.

Der Bund der Steuerzahler berechnete, daß allein die Veränderung der Benzinbesteuerung (bleifreies Benzin zwei Pfennig weniger Mineralölsteuer, bleihaltiges zwei Pfennig mehr) bis 1991 zusätzliche Steuereinnahmen von 1,3 Milliarden Mark bedeutet. Wer die Mineralölsteuer vor allem bezahlt, ist klar: Die, die bestenfalls ein paar Pfennig in der Lohnsteuererklärung geltend machen können...

Für die Länder bedeuten die Veränderungen ebenfalls zusätzliche Einnahmen von durchschnittlich 37 Millionen für die nächsten zehn Jahre — zusammen also fast 1,7 Milliarden zusätzliche Steuern bis in die 90er Jahre.

Da ja die Umrüstung ebenfalls nicht gerade billig ist, wird noch mehr verstärkt werden, daß gerade die ärmeren Kreise der Bevölkerung diejenigen sein werden, die die zusätzlichen Steuern zu bezahlen haben werden — insofern ein Vorgang ganz in der Tradition der Bonner Politik, der Bruch von Versprechen gehört ja ebenfalls schon immer zu dieser Tradition, wenn auch noch nie so oft wie bei dieser Regierung. Natürlich hätte es andere Möglichkeiten gegeben, den Katalysator verstärkt einzusetzen, aber dies hätte der Bonner Kasse Verluste eingebracht statt Gewinne — und Steuergeld wird ja für Rüstung und Subventionen gebraucht wie noch nie.

Natürlich hätte es auch andere Methoden gegeben, die Schadstoffbelastung deutlich zu reduzieren: Durch ein Tempolimit mit beispielsweise. Aber das hätte eben an die Interessen der Autokonzerne und der bundesdeutscher Spießbürgerideologie geführt, beides für diese Regierung zentrales Politikmittel und -ziel.

Umweltschutz: Nur, wenn es dem Kapital nicht nur keine Kosten verursacht, sondern sogar noch etwas einbringt. Und nur, wenn der „kleine Mann" zur Kasse gebeten werden kann — das ist Zimmermanns Credo.

RWE will noch höhere Strompreise

„Dividende darf nicht gefährdet werden"

Das war, ebenso lakonisch wie offenherzig, die Begründung eines Sprechers des größten BRD-Stromkonzerns für die Anhebung der Strompreise zum 1. Juli um mehr als 4 Prozent.

Diese Ankündigung von RWE — erst am 1. Juli 84 waren die Preise um 3,9 Prozent erhöht worden — hat bereits dazu geführt, daß auch die VEW in Dortmund und die Bayernwerke mit ähnlichen Ankündigungen nachzogen. Es ist also mit einer allgemeinen, starken, Strompreiserhöhung zu rechnen.

Und warum? Natürlich: Wegen dem Umweltschutz. Die teueren Arbeiten zur Säuberung von verschiedensten Kohlekraftwerken, sie sind es, die all die Erträge drücken. Dies soll keinesfalls passieren, denn: siehe oben. Also wird kräftig zugelangt.

Es ist fast schon klassisch zu nennen und unverschämt, wie hier argumentiert wird. Hauptsache die Dividende stimmt, alles andere ist egal. Hohe Dividenden sind nötig, weil man künftig viel Kapital brauche für neue Kraftwerke, die in den nächsten Jahren in Serie ans Netz gehen sollen. Wenn da der „lästige Umweltschutz" — vor allem bei der RWE-eigenen Braunkohle — schon dazwischen kommt, dann muß eben mehr kassiert werden, andere Überlegungen sind unstatthaft.

Wobei daran erinnert werden soll, daß ein wichtiger Teil der Aktionäre ja eine Reihe von Städten sind, die ja nun einigen Einfluß geltend machen könnten, wenn sie wollten. Sie haben sich bisher nur insoweit profiliert, als für verschiedenste Kommunen Sonderstrompreise stets ein Argument für Industrieansiedlung gewesen sind. In die Richtung ist ganz massiv auf Einnahmen verzichtet worden, der „Normalbürger" soll sie ausgleichen. Jahr für Jahr um 4 bis 5 Prozent höhere Preise — da ist die Dividende in der Tat gesichert. Die ohnehin schon zu den höchsten gehört: 16 Prozent zahlt RWE seinen Aktionären. Das sind dann für 1984 immerhin runde 360 Millionen Mark Ausschüttung.

Daß so eine neue Debatte um das Energiewirtschaftsgesetz aufkommt, kann nicht wundern, sondern ist nur richtig.

NRW-Minister: Nichts gewußt?

Haak zurückgetreten — wegen „Billigeinkauf"

Der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Dieter Haak (SPD) ist in der letzten Woche zurückgetreten. Grund: Er war bis Anfang Januar Mitglied einer Anwaltskanzler gewesen, deren Chef dieser Tage wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung und Betrug festgenommen wurde.

Die Kanzlei Gravert, der Haak angehörte, vertrat die Interessen des im letzten Jahr festgenommenen Finanz- und Immobilienmaklers Levy. Levy soll „Besserverdienende", die nach steuerbegünstigten Anlagemöglichkeiten gesucht haben, um rund 30 Millionen Mark geprellt haben. Und eben in diese Geschäfte war wohl auch die Anwaltskanzlei verwickelt. Von alledem habe er nichts gewußt, beteuerte Haak noch nach seinem Rücktritt. Zurückgetreten sei er nur, weil er meine, daß dies richtig sei, wenn auch nur ein Anschein auf einen Minister falle. Was da so vorbildlich demokratisch klingt, vor allem heutzutage, bei all den Kohl und Konsorten, ist es aber so nicht.

Denn es gibt schon zwei ganz konkrete Punkte, um deren Beantwortung Haak sich gedrückt hat. Zum einen der deutlich verbilligte Kauf dreier Levy-Wohnungen durch Haaks Frau. Zum anderen verschiedene Briefe der Schutzgemeinschaft der Levy-Anleger an den Minister, die bereits vom vergangenen Herbst stammen und ihm bekannt gewesen sein mußten. In diesen Briefen aber waren die gesammelten Vorwürfe an Levy beinhaltet. Des Ministers Reaktion jedoch bestand aus Tatenlosigkeit. So unbefleckt war also Dieter Haak wohl doch nicht. Nicht nur, daß er begünstigte Geschäfte mit einem Betrüger machte, das könnte in der Tat noch auf Unwissenheit basieren. Aber er hat durch seine Tatenlosigkeit eben diese Geschäftemachereien wie auch die Verwicklung der Anwaltskanzlei darin gedeckt.

Deshalb war es auch keine große Geste, dieser Rücktritt. Zumal es ganz massive Stimmen aus der SPD gegeben hatte, die ihn gerade dies von ihm gefordert haben — vorausschauend auf die Landtagswahl in NRW im kommenden Mai.

Datenschutzbericht Baden-Württemberg:

NADIS läßt schön grüßen

Der neueste Jahresbericht, der fünfte, den die baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze für ihren Bereich vorlegte, reiht sich glatt in die Serie der vorangegangenen Berichte ein. Insofern nämlich, als er abermals an Umfang gewachsen ist.

An Umfang gewachsen — das bedeutet, daß die Zahl der kritischen Fälle und auch der eindeutigen Verstöße gegen existierende gesetzliche Bestimmungen weiter angewachsen ist. Dabei wird deutlich, daß es gerade im Bereiche der staatlichen Stellen, einschließlich Behörden und Versorgungseinrichtungen die Zunahme gegeben hat.

Als Wichtigstes ragt dabei heraus, wie im „Ländle" mit den Friedensdemonstranten umgegangen wird. Lückenlos erfaßt wurden dabei auch alle diejenigen, die sich an Blockaden beteiligt haben. Rund 1000 Personen soll dieser Kreis umfassen, die allesamt an den Personenspeicher des Verfassungsschutzes — NADIS — weitergemeldet wurden und dort gespeichert werden.

Frau Leuze hob in ihrem Bericht hervor, damit würden diese Menschen genauso behandelt als hätten sie Delikte wie Hochoder Landesverrat begangen oder eine „terroristische Vereinigung" gegründet. Nicht daß NADIS der einzige Computer wäre, in dem sie festgehalten worden sind. Auch in der landeszentralen Personen-Auskunftsdabei (PAD) sind sie „eingespeist". Und zwar auf 10 Jahre. Beziehungsweise: auf 10 Jahre sollten sie dort zunächst festgehalten werden. Nachdem dies im Bericht kritisiert wurde, wurde dies auf die „normale" 3-Jahres-Frist reduziert. Wobei die Landesregierung anschließend sofort so tat, als sei von Beginn an nur diese kürzere Frist vorgesehen gewesen und Frau Leuze dementsprechend kritisiert als Schwarzmalerin usw. — was man tatsächlich nur als auf den Kopf gestellt bezeichnen kann.

Vom Bundeskriminalamt wurden die Blockierer übrigens auch gespeichert...

Ein weiterer Schwerpunkt der Kritik im Bericht betraf das sogenannte Fernmessen. Damit können die kommunalen Versorgungsunternehmen von außen — von fern eben — messen, wann in welchem Umfang von den angeschlossenen Haushalten Strom, Gas, Wasser oder Heizenergie verbraucht wird.

„Der Computer", so Frau Leuze, „registriert das Verhalten des Bürgers in bisher ungeahntem Ausmaß". Mit solchen Methoden nimmt die Vorstellung von „1984" tatsächlich konkrete Formen an — zumal es keinen einleuchtenden Grund für diese Messungen gibt.

Außerdem wurden in dem Bericht auch noch die Methoden der Speicherung in den Polizeicomputern im allgemeinen kritisiert — die beispielsweise dazu führten, daß bei einer Polizeikontrolle ein Bürger, dessen Paß gestohlen worden war, festgenommen wurde.

Das Echo auf diesen Bericht war — man muß fast schon sagen wie üblich. Landesregierung und CDU samt Polizei und der „Dienste" ließen wenig Zweifel daran, daß in ihren Augen das ganze „Datenschutzzeug" eigentlich purer Luxus, blanke Behinderung ihrer Arbeit ist. Die einfachste Methode zur Abschaffung negativer Berichte über Datenschutz wäre die Abschaffung der Datenschutzbeauftragten — dieser einst komisch gemeinte Vorschlag ist so unrealistisch nicht mehr.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Schlesier-Treffen

Kohls Motto?

Der Streit um das Motto für das diesjährige Schlesier-Treffen ist beendet: „Schlesien bleibt unsere Zukunft — in einem Europa der freien Völker" soll es nun lauten, statt „Schlesien bleibt unser".

Das ursprüngliche Motto war für Kohl denn wohl doch zu plump, das hatte sich schon längere Zeit angedeutet, auch wenn Hupka und Co. zunächst darauf beharrten.

Für die Regierung ging es mit Sicherheit darum, ein Motto des Treffens so zu haben, das einerseits die revanchistischen Absichten klarmacht, andererseits möglichst nicht so ungeschickt provokativ wirkt.

Das jetzt verabschiedete neue Motto entspricht beiden Kriterien und liegt nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Formulierung ja faktisch genau auf der Linie der CDU. Revanchismus in europäische Dimensionen eingebettet — diese Politik vertreten die westdeutschen Konservativen seit längerer Zeit.

Ein so offenes Motto wie das erste kann sich Kohl deswegen zur Zeit schlecht leisten, weil seine letzten Auftritte in ähnlichen Kreisen ihm bereits einige Kritik eintrugen auch in Bereichen, in denen die CDU sich um ihren Einfluß bemüht.

Ansatzweise waren während der Debatte tiefergehende Widersprüche zu sehen, sowohl von solchen „Vertriebenen", die bereit waren, es auch in dieser Lage zu einem Eklat kommen zu lassen, so Druck auf die Regierung machen, als auch von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, die gegen die gegenwärtig betriebene „Ostpolitik" eingestellt sind. Da erscheint das jetzt gewählte Motto in der Tat ein „guter Kompromiß".

Und zwar ein Kompromiß in einem Streit zwischen verschiedenen Revanchisten — in einem Streit um Losungen verschiedenen Grades der Aggressivität. Die europäische Neuordnung unter bundesdeutscher Führung, die diese neue Losung ausdrückt, ist ja nicht weniger revanchistisch als die alte — eigentlich gar eher mehr, weil realistischer. Aber eben geschickter.

Reinhold Kreile: Der 15000-Mark-Mann

„Nur mal durchspielen ..."

Am Mittwoch letzter Woche wurde Reinhold Kreile vom Bundestagsuntersuchungsausschuß vernommen. „Eigentlich" hätte dies durchaus eine ausgesprochen interessante Vernehmung werden müssen, handelt es sich doch dabei um den Spitzenpolitiker Flicks.

Die Tatsache, daß er 1976 mit hohen Ministerialen aus Bonn eine konkrete Taktik besprach, wie man Flicks Antrag auf Steuerbefreiung durchsetzen könne (nämlich indem Flick zwei verschiedene Anträge stellte, der zweite dann abgelehnt wurde) — das war für Herrn Kreile lediglich der Versuch, einmal verschiedene Möglichkeiten durchzuspielen.

Gar nicht zur Sprache kam sein Versuch, die ganze Sache zu beenden. Er war einer der vier Autoren des zunächst geheimgehaltenen Entwurf für ein Amnestiegesetz, das dann an kritischer öffentlicher Meinung scheiterte. Selten jedenfalls wurde jemand mit so dicken Samthandschuhen angefaßt wie Kreile.

Der Mann, der von Flick ein Monatssalär von 15000 Mark bezieht, der in zehn Aufsichtsräten und sieben gesellschaftspolitischen Organisationsvorständen vertreten ist, blieb wie er bekannt ist: vornehm, ruhig, freundlich.

Seine erstaunliche politische Karriere wurde ebenfalls wenig gewürdigt. Ist er doch sowohl Mitglied des CSU-Vorstandes als auch für die Strauß-Partei im Bundestag ohne je einen Handstreich mit der Arbeit dieser Partei zu tun gehabt zu haben. Beides wurde er auf direkte Intervention von Franz Josef Strauß persönlich. Und dessen intime Beziehungen zu den Flicks ziehen sich durch die ganze Geschichte der BRD, bis zum heute aktuellen Krauss-Maffei-Verkauf.

Der Mann, der von sich offen sagt, daß er Interessenvertreter der Wirtschaft sei, blieb auch nach der Vernehmung im Ausschuß das, was er schon vorher im Sinne bürgerlicher Moral war: Ein ehrenwerter Mann...

Neu erschienen!

Die Broschüre der KPD zum „Flick-Skandal"
Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, 32 Seiten, 3,— DM.



Bestätigung

Flick-Manager belastet Genscher

Bei der Vernehmung des Flick-Managers Fritz Wacker vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages belasteten dessen Aussagen den Bundesaußenminister in massiver Weise.

Der bereits einmal vom „Spiegel" dargestellte Vorgang, von Brauchitsch habe sich direkt an Genscher gewandt, um diesen dafür zu gewinnen, einen Unterabteilungsleiter aus dem Finanzministerium um- und der Flick-Sache freundlich zu stimmen, war von Genscher bei seiner Vernehmung rundweg abgestritten worden.

Genscher beteuerte damals, weder habe er ein solches Gespräch mit von Brauchitsch jemals geführt, noch habe er gar dessen Wunsch auf Einflußnahme in irgendeiner Weise erfüllt.

Die jetzige Aussage Wackers jedenfalls belastet den Vizekanzler. Denn er sagte aus, das entsprechende Gespräch zwischen Genscher und von Brauchitsch habe sowohl stattgefunden, als auch, daß der FDP-Vorsitzende dort eine Zusage gegeben habe.

Da auch die anderweitig bekanntgewordenen Tatsachen darauf hindeuten, daß tatsächlich Versuche stattfanden, den betreffenden Beamten zu beeinflussen, erscheint nach diesen beiden gegensätzlichen Aussagen die Variante Wackers als die wesentlich wahrscheinlichere gegenüber Genschers Beteuerung.

Bezeichnenderweise für die zwischenzeitlich eingeschlagene Taktik wurde die Aussage Wackers in den Medien so gut wie gar nicht erwähnt — bei ausreichender Würdigung hätte ja diese Entwicklung auch zu einem „Fall Genscher" führen müssen.

Dazu kommt noch die Feststellung, daß in den letzten Wochen die Propaganda der Reaktion zunehmend darauf abzielt, die Flick-Leute als „Exoten" oder ähnliches darzustellen. (Schon Adenauer hatte Flicks früheren Privatsekretär als Minister im Kabinett.)

Mit dieser Taktik sollen solche Aussagen herabgespielt werden, nach der Leugnung des Inhalts von Dokumenten auch die Zeugenaussagen abgewertet werden.

„The Stuttgart Connection"

Merkle-Ländle

Die Schwaben — sie bringen's wieder mal. Das Musterländle erweist sich einmal mehr als solches. Als kapitalistisches Musterstück darüber, wie das große Geld regiert. Wenn es in NRW die „Staatsbürgerliche Vereinigung" zu Köln gibt oder in Rheinland-Pfalz jahrzehntelange dunkle Kanäle bis zum Kanzler — Stuttgart schafft sie alle. Denn: Die jetzt veröffentlichten bisherigen Untersuchungsergebnisse über Geldwaschanlagen in Baden-Württemberg bergen eine ganze Reihe von Besonderheiten im Vergleich zu den anderen „Fällen".

Zum Rapport

Ende 1972 findet ein Treffen — im Hause Bosch, bezeichnenderweise — statt, bei dem die FDP-Führung dem Bosch-Chef Hans Merkle Rechenschaft ablegt. Merkle allein war es, der damals entschied, daß die FDP wieder Geld bekommen sollte, da sie sich in der Bundesregierung als „Bremser" betätigt habe — gegenüber dem, was für den Bosch-Professor bereits „sozialistische Bestrebungen" waren. Nach ihrer Beteiligung an der Brandt-Regierung war die FDP mit Entzug von Geldern bestraft worden. Drei Monate nach dem Treff mit Merkle entschied das „Kuratorium" auf seiner Mitgliederversammlung zugunsten der Wiederaufnahme der Zahlungen an die FDP. Ganz so, wie es Merkle entschieden und vorgeschlagen hatte.

(Zehn Jahre später gibt es — wieder auf Merkles Betreiben hin — erneut eine Kürzung [um ein Drittel] der Gelder für die FDP: Die Jungdemokraten waren „zu links" geworden.)

Die FDP Baden-Württembergs — stets größter Landesverband der Partei — bestritt in den gesamten siebziger Jahren die Hälfte ihrer Ausgaben aus dem Spendentopf des Kuratoriums.

Das Kuratorium stellte aber auch direkt Forderungen: *„Es muß mit Nachdruck dafür eingetreten werden, daß die von der Wirtschaft benannten Kandidaten, die sich zwar den Spielregeln der Nomination unterwerfen, auf der Landesliste an einer Stelle untergebracht werden, die Aussicht auf Erfolg zeigt."*

Zwar schon, aber — kann da nur noch kommentiert werden.

Schlußfolgerung: Von Brauchitsch war ein Anfänger. Das Kuratorium hat in seinen Dokumenten zwar keine konkreten Empfänger genannt, jedoch: **Es ist zum ersten Mal dokumentarisch bewiesen, daß Geld floß, um politischen Einfluß auszuüben.**

Merkle, der vor etwas über einem Jahr vor einem — inzwischen längst eingestellten — Untersuchungsausschuß des Landtags die üblichen Floskeln geäußert hatte, wie, das Geld sei zur Stärkung der Demokratie im allgemeinen geflossen, ist als Lügner überführt.

Die Mitwisser

Wie war diese Geldbeschaffung organisiert?

Die „**Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg**" von deren Kuratorium hier die Rede ist, ist ein Zusammenschluß der Großkonzerne im Ländle — mit wechselnder Mitgliedschaft, nur Bosch und Daimler immer dabei.

Sie firmierte offiziell als ein Berufsverband — war aber seit ihrer Gründung 1952 nie etwas anderes als Geldwaschanlage: Für CDU und FDP. Ihre Mitglieder: Die „Creme". Von ihren Einnahmen, die in den Jahren von 69 bis 80 etwa 42 Millionen DM betrugen, sind 30 bis 35 Millionen diesen beiden Parteien zugeflossen. Die SPD bekam — gar nichts: 0,0.

Zur besseren Vertuschung der Sachlage und zur ausschließlichen Förderung der stets regierenden CDU wurde noch eine „Tochtergesellschaft" gegründet, der „**Verband der Wirtschaft Baden-Württembergs zur Bildung neuen Eigentums e.V.**". Über die „Spenden" dieses Verbandes konnte die CDU (Alleinempfängerin) selbst entscheiden — sie kamen zu einem großen Teil allerdings eben von der Mutter-„Gesellschaft".

Die Fördergesellschaft stellte nicht nur aktenkundig politische Forderungen, sie behielt sich auch die Entscheidung darüber vor, wer wieviel und wann bekam und auch darüber, welcher Konzern als neues Mitglied geworben werden sollte. CDU und FDP hatten zu kassieren, zu schweigen und zu tun, was gesagt wurde.

Dieses Muster der Organisierung ist nicht so wesentlich unterschiedlich von der illegalen Praxis in anderen Bundesländern. An den scheinbaren Berufsverband gingen — steuerbegünstigt natürlich — Beiträge. Legalerweise darf ein solcher Kapitalistenverband dann 25 Prozent seiner Einnahmen an die Parteien geben, ohnehin schon Skandal genug.

Die zweite schwäbische Besonderheit liegt darin, daß auch hierbei aktenkundig ist, daß die Beteiligten genau wußten, daß sie gegen das Gesetz verstoßen. Die ständige Berufung auf „Rechtsunsicherheit" und ähnliches ist damit ebenfalls als Lüge enttarnt.

In den Unterlagen der Fördergesellschaft wird deutlich, daß deren Vorstandsmitglieder Trudbert Riederer in zahlreichen Schreiben an die Mitgliedskonzerne mit der Tatsache der Illegalität ihrer Geschäfte argumentierte. In verschiedenen Parteidokumenten von CDU und FDP haben deren Finanzfuktionäre ganz offen von „verschiedenen Wegen" der Geldbeschaffung geschrieben und dies in einem Stil, der deutlich macht, daß auch sie sich bewußt waren, was sie taten. So schrieb der Herr Riederer 1969: *„Als steuerliches Alibi bedarf die Fördergesellschaft nicht des Südwest-Spiegels..."* Woran nur wichtig ist, daß diese feinen Herrschaften ganz offen nach steuerlichen Alibis, nach Pseudoausgaben also suchten, um ihre Geldwäscherei zu verheimlichen und weiter betrügen zu können.

Dr. K. Schlotterbeck
Dr. V. Viniol

Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg

Haver & Mailänder
Rechtsanwälte
Büro II

Dezent — das Türschild der „Fördergesellschaft" Merkle und Co.; Aushängeschild für ein Gremium, das die politische Macht ausüben läßt

Die Nutznießer

Nutzen daraus zogen natürlich in erster Linie die Konzernherren selbst. Sie betrogen um Steuern, sie setzten ihre Leute als Abgeordnete durch, setzten Daumenschrauben an, wenn ihnen etwas mißfiel.

Nutznießer waren aber auch — in einem Rekordausmaß — die Mitglieder der Landesregierung, einschließlich aller Ministerpräsidenten — ob der frühere Goebbels-Mann Kiesinger, der Totrichter Filbinger oder „clever und smart" Lothar Späth. Von verschiedensten Ministern und Ministerialdirektoren ganz zu schweigen. Insgesamt ein gutes Dutzend Minister und Staatssekretäre sowie 15 Landes- und Bundestagsabgeordnete. Ganz zu schweigen von den diversen Oberbürgermeistern. So wurden mit die größten Beträge für den Wahlkampf Rommels um das Amt des Stuttgarter OBs verbucht.) Es handelt sich hier also keineswegs um Parteikassierer und einige Einzelpersonen, die direkt verwickelt sind. Der Fall — den man am besten als „Fall Merkle" bezeichnen kann — ähnelt weit eher dem „Fall Flick", was die Dimension der personellen Beteiligung betrifft. Es handelt sich — mehr noch als bei Flick — um die Verwicklung, direkter Art, ganzer Landesregierungen und Parteivorstände.

Spendenempfang und entsprechende Gesinnung stehen in einem kapitalistischen Staat „natürlich" nicht unter Strafe — auch wenn die Herren wußten, daß Steuerbefreiung im Raume schwang.

Nur solche Leute, die aktenkundig aufgefordert haben, solche Umwegspenden zu machen, wie die Kassierer von FDP, CDU und Fördergesellschaft samt Geldwaschtochter — gegen die und die Konzernherren wird ermittelt. 211 Verfahren wegen Steuerhinterziehung laufen gegenwärtig von der Stuttgarter Staatsanwaltschaft aus.

Selbstbefreiung

Viele dieser Tatsachen waren bereits im Laufe des Jahres 1983 bekannt geworden — nicht jedoch die genannten Dokumente über Einflußnahme und bewußtes Handeln. Damals hatte vor allem die Zeitschrift „Metall" der IGM viele solcher Tatsachen veröffentlicht. Damals wurde auch ein Untersuchungsausschuß des Landtages eingesetzt.

Dort wurde aber nicht „Selbstreinigung" vorgegeben, sondern Selbstbefreiung. Justiz und Finanzverwaltung verweigerten Akten, Zeugen sagten nicht aus — oder nur solche verlogenen Phrasen wie der Chef des ganzen, Hans Merkle — und das ganze Unternehmen verlief im Sande. Auf eine solche Absicht zielen auch die neuesten politischen Anstrengungen angesichts der Veröffentlichungen der Staatsanwaltschaft hin.

Die gesamten Vorgänge zur Vertuschung der Sachlage vor rund anderthalb Jahren waren zu umfangreich, um sie hier darstellen zu können — festzuhalten bleibt nur, daß die Landesregierung dabei eine aktive Rolle gespielt hat.

Jetzt wird versucht, mit dem „Grundsatz des mildesten Mittels" eine Art Entlastungskampagne zu führen — genügend Parteifreunde im Justizapparat, um großen Druck machen zu können, gibt es allemal — und dann noch die gigantische Rechtsabteilung der Robert-Bosch-GmbH. Und daß Merkle was passieren könnte — da werden sich zahlreiche schützende Hände finden.

Die Schwaben (übrigens: auch die Badenser) haben das ganze „musterhaft" betrieben, und das Lächeln, das mancher über die Flicksche Notizfreudigkeit aufsetzte, ist einigen schon eingefroren.

Die Stuttgarter Weisheit übrigens, daß niemand OB wird, den „der Bosch" nicht will, hat sich — trotz üblicher abwertender Urteile der „Profis" — auch bestätigt. Vorschläge wurden bereits laut, statt Musterländle Baden-Württemberg künftig Merkle-Ländle zu nennen. Dem kann eigentlich kaum widersprochen werden.

Das Kuratorium

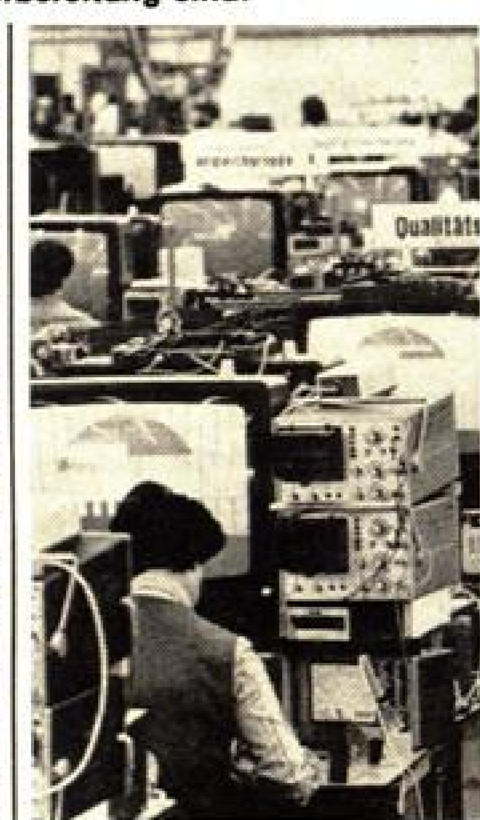
Die Mitglieder des Kuratoriums der „Fördergesellschaft" in den 70er Jahren:
Hans Merkle, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH; Joachim Zahn, Vorstandssprecher der Daimler Benz AG; Rolf Reuter, Chefsyndikus der Daimler Benz AG; Manfred Wahl, Geschäftsführer der IBM Deutschland; Helmut Nagel, Vorstandsvorsitzender der Kodak AG; Kurt Bleyle, Eigentümer des Bleyle Textilkonzerns; Heinrich Gundlach, Geschäftsleiter der Raab & Karcher; Walter Hohner, Eigentümer der gleichnamigen Musikinstrumentewerke; Werner Henneberg, Vorstand der Zahnradfabrik Friedrichshafen; Walter Hornef, Geschäftsleitung der Böhringer GmbH.

Arbeitsplatzvernichtung in der Unterhaltungselektronik

Massenentlassungen bei Grundig

Bei Grundig, dem größten Produzenten von Unterhaltungselektronik in der Bundesrepublik, stehen Massenentlassungen an. Das bestätigte Grundig-Sprecher Karl-Heinz Schmidt in der vergangenen Woche gegenüber der Presse: „Es ist richtig, daß gravierende Maßnahmen in Vorbereitung sind."

Die Unternehmensleitung hüllt sich bislang über den Umfang der geplanten Entlassungen in Schweigen. Grundig-Betriebsräte haben die Zahl von 5000 Kolleginnen und Kollegen genannt, die bis Ende 1985 ihren Arbeitsplatz bei Grundig verlieren sollen.



Grundig beschäftigt insgesamt 24000 Kolleginnen und Kollegen, davon 16000 in der Bundesrepublik und 8000 im Ausland, wo Grundig fünf Produktionsstätten hat. Die Entlassungen werden insbesondere Fürth treffen. Ein Firmensprecher räumte ein, daß in einzelnen Abteilungen bis zu 30 Prozent der Stellen gestrichen werden sollen. Ein Großteil der Arbeitsplatzvernichtung soll im Ausland stattfinden. Der Firmensprecher räumte ebenfalls ein, daß auch die Schließung ganzer Werke diskutiert wird.

Im April letzten Jahres hatte Max Grundig, von der bürgerlichen Presse längst zur bundesdeutschen Unternehmerlegende hochstilisiert, die Aktienmehrheit an den holländischen Multi Philips verkauft. Seit der Übernahme durch Philips im April letzten Jahres wurden bei Grundig bereits 2500 Arbeitsplätze vernichtet. Max Grundig selbst hatte von 1980—1984, als er das Unternehmen noch wie ein absolutistischer Herrscher führte, von den einst rund 40000 Arbeitsplätzen über 12000 vernichtet.

Der bürgerlichen Wirtschaftspresse zufolge soll das Unternehmen in den letzten Jahren rund eine halbe Milliarde Mark an Kapital verloren haben. Als Gründe werden eine Serie von Fehlentscheidungen und -investitionen Max Grundigs genannt. Aber diese unternehmerischen „Fehlentscheidungen" Grundigs sind zu sehen vor dem Hintergrund, daß sich auf dem Markt für Unterhaltungselektronik, besonders in den westeuropäischen Ländern, ein scharfer Konkurrenzkampf zwischen einigen wenigen internationalen Konzernen entwickelt. Wettbewerbsfähigkeit ist nur mit sehr hohen Stückzahlen, die sich nur auf dem internationalen Markt realisieren lassen, erreichbar. So wurden Firmen ein Opfer des Konzentrationsprozesses, die in der Bundesrepublik und Westberlin einen relativ hohen Marktanteil hatten: Saba, Dual, Nordmende, Telefunken etwa wurden allesamt vom französischen Staatskonzern Thomson-Brandt geschluckt. Wie nicht zuletzt die trotz Betriebsbesetzung erfolgte Schließung des Ulmer Bildröhrenwerks Videocolor zeigte, geht es bei diesen Konzentrationsprozessen nicht darum, die von den Branchenriesen aufgekauften Firmen weiterzuführen, sondern darum, Marktanteile aufzukaufen, um möglichst hohe Stückzahlen zu erreichen. Gerade Thomson-Brandt hat sich als rücksichtsloser Firmenschlächter betätigt.

Die Philips-Manager haben im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen Massenentlassungsplänen bei Grundig weitere einschneidende Maßnahmen angekündigt. Sie verwiesen dabei auch auf die „Überkapazitäten auf dem europäischen Markt für Unterhaltungselektronik". Tatsächlich hat der scharfe Konkurrenzkampf mit dem Zwang zu hohen Stückzahlen zum Aufbau von Überkapazitäten geführt. Die bürgerlichen Wirtschaftskommentare stellen das gern als völlig normale Entwicklung hin, weil die Leute eben inzwischen alles hätten und nur noch ein sehr viel geringerer Bedarf an Neugeräten für den Ersatz von funktionsuntüchtig gewordenen alten Geräten bestünde.

Ein Blick in die Statistik zeigt, daß diese Darstellung, die Überkapazitäten seien eine Folge gedeckten Bedarfs, völlig aus der Luft gegriffen ist. Zwar stand 1984 in 82 Prozent der Haushalte ein Farbfernseher, aber nur 50 Prozent der Haushalte hatten eine Stereoanlage, nur 48 Prozent überhaupt einen Plattenspieler, nur 8 Prozent einen Videorecorder. Von gedecktem Bedarf kann keine Rede sein. Grundig etwa hat besonders hohe Verluste im Video-Bereich eingefahren. Es ist offenkundig so, daß große Teile der Bevölkerung das Geld, das sie früher Monat für Monat gespart haben, um sich einen Farbfernseher zu kaufen, heute nicht mehr sparen können, um sich einen Videorecorder zu kaufen. Mit Bedarfsdeckung hat das nichts zu tun, mit gesunkenem Realeinkommen der Werktätigen sehr viel. Der Markt für Massenkonsumgüter der Unterhaltungselektronik reagiert besonders empfindlich auf Einschränkungen der Massenkaufkraft; denn bevor man am Essen oder an der Wohnung spart oder das für den Weg zur Arbeit benötigte Auto aufgibt, wird eher die Stereoanlage von der Liste der geplanten Anschaffungen gestrichen.

Vor diesem Hintergrund ist klar, daß die jetzt bekannt gewordenen Massenentlassungspläne nicht den Schlußpunkt der Arbeitsplatzvernichtung bei Grundig setzen und daß in der gesamten Unterhaltungselektronik noch Tausende von Arbeitsplätzen dem Kampf der großen Konzerne um den Weltmarkt zum Opfer fallen werden.

Drei gegen BMW

Erfolg vor Gericht

Einen wichtigen Erfolg hat Peter Vollmer, einer der drei von BMW entlassenen Westberliner Gewerkschafter, vor Gericht errungen. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus einer Pressemitteilung des Westberliner Solidaritätskomitees.

Die 9. Kammer des Landesarbeitsgerichts Berlin unter der Vorsitzenden Richterin Behrends hat am 15. 1. 1985 in zweiter Instanz zwei Kündigungen der Firma BMW gegen den ehemaligen Betriebsrat Peter Vollmer endgültig für unwirksam erklärt und Vollmer einen vollstreckbaren Anspruch auf Weitterbeschäftigung bei BMW zugesprochen. Wie schon in der ersten Instanz wurde der Firma erneut bescheinigt, daß sie rechtswidrig gehandelt habe, als sie im Frühjahr 1984 drei Gewerkschafter wegen eines Flugblattes zur Anfechtung der Betriebsratswahlen fristlos entließ. Die Drei hatten wegen unzulässiger Einflußnahme durch den Arbeitgeber die Wahl angefochten und damit vor dem Arbeitsgericht recht erhalten. Zugleich überprüfte das Gericht auch die gegen Vollmer inzwischen ausgesprochene 3. und 4. Kündigung.

In der mündlichen Urteilsbegründung kritisierte die Richterin, daß BMW anscheinend versuche, mit Hilfe immer neuer Kündigungen Vollmer aus dem Betrieb fernzuhalten. Zumal da BMW erklärt habe, lieber drei Jahre lang Zwangsgelder zu zahlen, als Gerichtsurteile zur Weiterbeschäftigung zu befolgen, liege die Vermutung nahe, es gehe der Firma nicht um die angegebenen Kündigungsgründe, sondern um den Ausspruch immer neuer Kündigungen. Für das Gericht stehe daher fest, daß die 3. und 4. Kündigung Vollmers offensichtlich unbegründet seien und deshalb einem Anspruch auf sofortige Weiterbeschäftigung nicht entgegen stünden. Da die Kammer mit dieser Entscheidung Neuland betreten habe, ließ sie zur Weiterbeschäftigung eine Revision beim Bundesarbeitsgericht zu. Vollmer will nach Ausfertigung des Urteils seine Arbeit bei BMW wieder aufnehmen.

Dieses Urteil ist von grundsätzlicher Bedeutung, weil hier erstmals ein Weg gegen die Kettenkündigungspraxis von BMW gefunden wurde. (...)

Einen Tag vorher hatte dieselbe Kammer des Landesarbeitsgerichts, diesmal unter dem regulären Vorsitzenden Richter Dr. Lepke — Lepke war im Falle Vollmer vorher wegen Befangenheit abgelehnt worden — auch im Falle von Hans Köbrich die Berufung von BMW gegen das Urteil der ersten Instanz abgewiesen. (...)

Die Untersuchungskommission der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, hat im Dezember das von BMW-Betriebsräten der „Mannschaft der Vernunft" gegen Peter Vollmer wegen angeblicher Verteilung von RGO-Materialien angestrengte Untersuchungsverfahren beendet. Die Antragsteller zogen ihren Antrag kurz vor der Entscheidung der Kommission zurück.

Über den im Dezember von dreißig Berliner IG-Metall-Funktionären eingereichten Antrag auf Einleitung eines Untersuchungsverfahrens mit dem Ziel des Ausschlusses gegen die 12 IG-Metall-Mitglieder im Betriebsrat der „Mannschaft der Vernunft" hat die Berliner Ortsverwaltung der IG Metall noch nicht entschieden. (...)

Der Senat von Berlin hat inzwischen auf eine Anfrage der AL-Fraktion des Abgeordnetenhauses zum Fall BMW geantwortet. Zu den meisten Fragen nach dem Verhalten der Firma gegenüber den Entlassenen und gegenüber dem Arbeitsrecht zieht er sich auf die Position zurück, daß er sich nicht in Entscheidungen eines Privatunternehmens und in schwebende Gerichtsverfahren einmischen wolle. Aber zu zwei Fragen legt er ein freudiges Bekenntnis ab: Auf die Frage, ob der Senat BMW Berlin für „ein lobenswertes Beispiel für eine positive, berlinfreundliche und arbeitsplatzschaffende Unternehmenspolitik" halte, lautet die Antwort „Ja!" (Ausrufungszeichen im Original!). Und auf die Frage, ob der Senat weiterhin zu den Worten des Regierenden Bürgermeisters Diepgen bei der Werkseinweihung vom 1. März 1984 stehe — Diepgen damals zu BMW-Managern und -Eignern: „Sie sind hier herzlich willkommen. Ich füge hinzu: Es könnten noch ein paar mehr kommen; von Ihnen können wir gar nicht genug haben!" — lautete die Antwort, daß der Senat von Berlin selbstverständlich zu den Worten seines Chefs stehe.

Dazu paßt, wie die Berliner CDU in ihrer am letzten Wochenende verteilten Hochglanz-Wahlzeitung als allerersten ihrer vielen Leistungsbeweise mitteilt: „Welthit: Berliner Motorräder. Jährlich rollen etwa 38000 schnelle Maschinen aus Berliner Werkhallen — in aller Welt ungewöhnlich erfolgreich, weil ein ganz neues technisches Konzept bei Motor und Fahrwerk überzeugen kann."

Das Solidaritätskomitee wird überlegen, in welcher Weise das „ganz neue" BMW-Konzept von Wahlbeeinflussung, Kettenkündigung und Gerichtsmißachtung ebenfalls im Berliner Wahlkampf thematisiert werden kann.

Anhörung zum „Beschäftigungsförderungsgesetz '85"

Flexibles Heuern und Feuern

Am 16. und 17. Januar fand vor dem Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung eine öffentliche Anhörung zum vom Blümschen Ministerium vorgelegten Entwurf eines sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes '85 statt.

Worum es bei diesem Gesetz in Wirklichkeit geht, machten die Ausführungen der Unternehmervertreter besonders deutlich. Sie begrüßten das Gesetz als Schritt in die richtige Richtung, halten es aber nicht für weitgehend genug, nach der Verabschiedung dieses Gesetzes müßten weitere Schritte folgen.

Insbesondere lobten die Unternehmer die „Erleichterungen beim allgemeinen Kündigungsschutz". Tatsächlich wird durch die Ausweitung der befristeten Arbeitsverträge und der Einsatzmöglichkeiten für Leiharbeiter, durch die Nichtanrechnung von Teilzeitbeschäftigten bei der Ermittlung der Betriebsgröße u.a. der Kündigungsschutz erheblich ausgehöhlt. Das Prinzip des „Heuerns und Feuerns" nach Gutdünken des Unternehmers wird weiter gestützt durch die Lockerung der Sozialplanpflicht, die ebenfalls auf großes Unternehmerlob stieß.

Unzufrieden waren die Unternehmerfunktionäre damit, daß die Erweiterung der Möglichkeit zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge und zum Einsatz von Leiharbeitern bis 1991 befristet sein soll. Der Wegfall des Kündigungsschutzes für geringfügig Beschäftigte gilt ihnen zwar als Schritt in die richtige Richtung, jedoch fordern sie die Heraufsetzung der von Blüm vorgeschlagenen Grenze von 10 Wochenstunden. Die Regelung des Entwurfs zur kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit mißfällt den Unternehmern insofern, als sie den Kolleginnen und Kollegen die Lage der Arbeitszeit vier Tage vorher mitteilen sollen. Das ist ihnen entschieden zu wenig Flexibilität. Die Untergrabung der Tarifverträge durch die Ausweitung befristeter Arbeitsverträge geht ihnen ebenfalls nicht weit genug. Sie fordern in diesem Zusammenhang die generelle Abschaffung des Vorrangs der Tarifverträge im Gesetz.

Die Tatsache, daß die Unternehmerfunktionäre die Bonner Anhörung noch einmal genutzt haben, um eine Änderung des Regierungsentwurfs im Sinne ihrer Maximalforderungen zu erreichen, soll niemanden täuschen. Der jetzige Gesetzentwurf stellt sie in Wirklichkeit sehr zufrieden, weil er einen Generalangriff auf die sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten und auf die gewerkschaftlichen Positionen beinhaltet.

Die Schwierigkeit liegt darin, daß jede einzelne Änderung für sich nicht besonders schwerwiegend erscheint. Welcher Kollege macht sich etwa bei geplanter Änderung der Betriebsgrößen-Ermittlung klar, daß nahezu alle Schutzgesetze in der einen oder anderen Form an die Betriebsgröße gekoppelt sind? Daß diese Regelung es beispielsweise Tausenden von Unternehmern ermöglicht, durch Verringerung der Zahl der Vollzeitbeschäftigten und Erhöhung der Teilzeitbeschäftigtenzahl zu erreichen, daß es keinen Betriebsrat mehr gibt.

Wer macht sich klar, daß die auf den ersten Blick nicht sonderlich grundsätzlich anmutenden Möglichkeiten der Ausweitung der befristeten Arbeitsverträge und der Leiharbeit Tendenzen fördern werden, daß die Unternehmer die Belegschaften aufspalten in eine Stammbelegschaft, die so klein wie möglich gehalten wird, und in eine Restbelegschaft, die nach Auftragslage kurzfristig eingestellt bzw. gefeuert werden kann, weil die Schutzrechte für sie nicht gelten?

Wenn die Zuschüsse der Bundesanstalt für ABM-Maßnahmen in Zukunft weiter sinken wird auch das Entgelt der ABM-Beschäftigten weiter sinken, werden die ABM-Maßnahmen, die jetzt schon zu einem erheblichen Teil normale Arbeitsplätze ersetzen, statt neue zu schaffen, noch stärker zu einem Instrument, die Geltung der Tariflöhne zu untergraben.

Die in diesem Entwurf zum Beschäftigungsförderungsgesetz enthaltenen Änderungen können in ihrer Wirkung erst im Zusammenhang beurteilt werden: das derzeitige System der Schutzgesetze und auch das Tarifvertragssystem basieren darauf, daß ein ganz bestimmtes „Normalarbeitsverhältnis" als Regelfall zu Grunde gelegt ist. Die Geltung der Schutzrechte und der Tarifverträge ist überwiegend an dieses Normalarbeitsverhältnis gebunden. Je mehr dieses Normalarbeitsverhältnis zugunsten anderer Arbeitsverhältnisse (befristete Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit, Leiharbeit usw.) zurückgedrängt wird, um so mehr gerät das ganze System von Schutzrechten und tarifvertraglichen Rechten ins Wanken.

Der Blümsche Entwurf zum Beschäftigungsförderungsgesetz

Die wichtigsten Änderungen

Befristete Arbeitsverträge: Derzeit gilt die generelle Befristung von einem halben Jahr und jede Überschreitung bedarf eines sachlichen Grundes. Vorgesehen ist nun, daß bei Einstellung von Arbeitslosen oder von Auszubildenden nach beendigter Ausbildung Arbeitsverträge mit einjähriger Befristung abgeschlossen werden dürfen. Bei Neugründungen von Unternehmen mit unter 20 Beschäftigten soll der Abschluß von Arbeitsverträgen mit zweijähriger Befristung generell möglich sein. Diese Änderungen sollen zunächst nur bis 1991 gelten.

Leiharbeiter: Derzeit gilt, daß Leiharbeiter nur drei Monate an einund denselben Entleihungsunternehmer ausgeliehen werden dürfen. Diese Frist soll auf sechs Monate verdoppelt werden. Auch diese Änderung soll zunächst bis 1991 gelten.

KAPOVAZ: Die kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (Arbeit auf Abruf) wird in dem Gesetzentwurf ausdrücklich legalisiert.

Job-Sharing: Beim Job-Sharing (zwei teilen sich einen Arbeitsplatz) soll gesetzlich festgeschrieben werden, daß in allen Fällen von — auch kurzfristiger — Abwesenheit des Partners Vertretungspflicht besteht.

Sozialplanverpflichtung: In den ersten vier Jahren ihrer Existenz sollen Unternehmen generell von der Sozialplanpflicht befreit werden. Bei Entlassungen infolge Betriebsänderungen soll die Sozialpflicht erst bei sogenannten Massenentlassungen greifen.

Ermittlung der Betriebsgröße: Für den Geltungsbereich einer Reihe arbeitsrechtlicher Schutzgesetze und Betriebsverfassungsrechte ist die Betriebsgröße maßgeblich. Bei der Ermittlung der relevanten Beschäftigtenzahl sollen nun Teilzeitkräfte nicht mehr berücksichtigt werden.

Erstattung der Lohnfortzahlungskosten: Betriebe mit nicht mehr als 20 Beschäftigten können sich die Lohnfortzahlungskosten von den Krankenversicherungsträgern erstatten lassen. Die Zahl dieser Betriebe soll ausgeweitet werden, indem die Teilzeitbeschäftigten in die Ermittlung der Beschäftigtenzahl nicht mehr einbezogen werden.

ABM-Zuschüsse: Derzeit ist noch zwingend vorgeschrieben, daß die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mindestens 60 Prozent des Tarifentgelts betragen. Das soll nach dem Blümschen Gesetzentwurf in eine Soll-Vorschrift umgewandelt werden.

Geringfügige Teilzeitarbeit: Bis zu einer Grenze von 10 Wochenstunden soll „geringfügige Teilzeitarbeit" im Kündigungsschutzrecht überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden.

Keine Pflicht, Nazi-Literatur zu drucken!

So kann man ein Urteil zusammenfassen, das am 20.12.1984 vom 2. Senat des Bundesarbeitsgerichts gefällt worden ist. In einer Kündigungsschutzklage der IG Druck und des Druckers D. Schlichting wurden damit zwei entgegengesetzte Urteile des Arbeitsgerichts Elmshorn und des Landesarbeitsgerichts Kiel wieder aufgehoben.

Der Drucker sollte am 2.11.81 bei der Firma Nord-Offset, Sonntag & Wachholtz KG in Ellerbeck bei Hamburg einen Prospekt durcken, der für kriegsverherrlichende Literatur wirbt, Militaristen heroisiert und das Gewalt- und Unrechtsregime der Nazis verherrlicht. Der Prospekt enthielt Titel wie: „Das waren die deutschen Jagdflieger-Asse 1939 — 1945“, „Endstation Moskau“, „Panzer an der Weichsel — Soldaten der letzten Stunde“ oder „Kreta — Sieg der Kühnsten“ mit einschlägigen „erläuternden Texten“. Der Drucker verweigerte den Druck dieses Prospektes, er ist anerkannter Kriegsdienstverweigerer und Vorsitzender der örtlichen Vereinigung der VVN. Er bot seine Arbeitskraft für den Druck anderer vorhandener Aufträge an. Der Kapitalist kündigte ihn fristlos ohne die Zustimmung des Betriebsrats. Er argumentierte vor dem Arbeitsgericht u.a. damit, daß die VVN im Verfassungsschutzbericht zu den orthodox-kommunistisch beeinflußten Organisationen gerechnet wird. Die Arbeitsverweigerung sei nicht aus Gewissensgründen sondern politischen Gründen erfolgt, „Verbrechen kommunistischer Diktaturen“ würden von Schlichting nicht im gleichen Maße verurteilt. Außerdem sei die bei ihm in Auftrag befindliche Literatur nicht verboten. Das BAG schloß sich jetzt einem BAG-Urteil des I. Senats vom Jahr 1960 an, in dem es heißt: „Kein Bürger der Bundesrepublik kann nach seinem Arbeitsvertrag verpflichtet sein, für ein Publikationsorgan auch nur im geringsten tätig zu werden, das den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat angreift oder das NS-System verherrlicht bzw. verharmlost“. Dieses Urteil hat das BAG jetzt verwässert, indem es begründet, daß andere Aufträge vorhanden waren.

Vorruhestandsvereinbarung bei Freudenberg/Weinheim

Nachdem sich schon im November die Gewerkschaft Leder und der zuständige Arbeitgeberverband auf eine Vorruhestandsregelung geeinigt hatten — bei gleichzeitiger Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis Ende 1988 — hat Anfang Januar ein spezieller Abschluß bei einer der größten in diesem Tarifbereich fallenden Firmen stattgefunden.

Die Firma C. Freudenberg hat — vorbehaltlich der Genehmigung durch den Verband der Lederindustrie und der Gewerkschaft Leder — eine eigene Vereinbarung abgeschlossen.

Während in der allgemeinen Regelung nur 2 Prozent der Anspruchsberechtigten jährlich Gebrauch vom Vorruhestand machen dürfen, erklärte Freudenberg in einer Mitteilung vom 17.1.85:

„... die 2 Prozent ... würde in unserem Unternehmen zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Auswahl führen, da der berechtigte Personenkreis diesen Prozentsatz erheblich überschreitet ... die Inanspruchnahme ist erweitert auf jährlich 5 Prozent der Belegschaft ...“

Im Vorfeld dieses Abschlusses hatte die Liste „Frischer Wind“ deutlich gemacht, um was es bei Freudenberg geht:

„Also: Wer früher gehen soll, der sol von Freudenberg ausgewählt werden. Was dabei herauskommt? Die Firma will billig solche Beschäftigten loswerden, die z.B. schon gesundheitlich ruiniert sind, abgeschafft, dadurch vielleicht öfter krank als Jüngere.

Den Herrn Freudenberg drücken die Kosten, die z.B. auf diese Art und Weise verursacht sind durch die Ruinierung der Gesund der Kollegen durch Nachtschicht und Akkord, durch Arbeitsintensität und gesundheitsgefährdende Belastungen am Arbeitsplatz. Einer der Spartenleiter Halia Frelen/Nora hatte schon früher angekündigt, es sei an der Zeit, die ‚Überalterung‘ der Belegschaft in Angriff zu nehmen, zu ‚verjüngen‘ also.

Dadurch wird auch klar, wie wichtig es ist, daß die Gewerkschaft Leder fordert, daß unbedingt die Entscheidung, ob ein Arbeitnehmer früher in den Vorruhestand gehen will, ausschließlich von diesem selber getroffen wird und nicht von dem Wohlwollen des Betriebes abhängt.

Wenn Freudenberg erreicht, daß der Prozentsatz eines Vorruhestandsgeldes unter die von der Gewerkschaft Leder geforderten 80 Prozent des letzten Brutto-Einkommens absinkt, dann ist diese eigene Entscheidung auch nicht mehr vorhanden. Der größte Prozentsatz der Beschäftigten könnte sich den Vorruhestand nicht mehr leisten.“

In der vorliegenden Vereinbarung ist entgegen der Forderung der Gewerkschaft Leder mit nur 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens abgeschlossen worden.

Autobranche fuhr 1983 allen davon

Die größten deutschen Industriezweige

HAMBURG (dpa)

Die Automobilindustrie ist mit einem Umsatz von knapp 134 Mrd DM größter Industriezweig der Bundesrepublik. Nach einer Aufstellung der Dresdner Bank AG (Frankfurt) waren 1983 die 30 größten Industriezweige (Umsatz in Mrd DM, Exportquote in vH):

Industriezweig	Umsatz	Exportquote
1. Automobilindustrie	133,8	45,6
2. Ernährungsindustrie	131,0	8,9
3. Chemische Industrie	126,8	41,9
4. Maschinenbau	118,9	45,0
5. Elektrotechn. Industrie	111,6	32,2
6. Mineralölverarbeitung	55,4	5,7
7. Eisenschaffende Ind.	38,6	39,2
8. EBM-Waren-Industrie	35,7	24,1
9. Textilindustrie	30,7	24,9
10. Kunststoffverarbeitung	30,5	21,2
11. Steine- und Erden-Industrie	28,6	9,7
12. Holzverarbeitende Industrie	25,9	11,2
13. Kohlenbergbau	25,2	14,1
14. Stahlverformung*)	23,4	19,6
15. Stahl- und Leichtmetallbau	21,7	19,7
16. NE-Metallindustrie	20,9	29,3
17. Druckereigewerbe	20,2	5,7
18. Bekleidungsindustrie	20,1	16,0
19. Tabakverarbeitung	17,9	6,1
20. Papier- und Pappeverarbeitung	16,5	15,3
21. Büro- und Datentechnik	13,1	49,9
22. Papier- und Pappeerzeugung	12,0	34,0
23. Feinmechanik, Optik, Uhren	11,7	36,2
24. Gummiverarbeitung	11,1	24,7
25. Gießereien	10,0	17,0
26. Glasindustrie	8,4	26,3
27. Luftfahrzeugbau	8,2	52,3
28. Schiffbau	8,1	38,8
29. Holzbearbeitende Industrie	7,9	10,7
30. Lederverarbeitung	6,0	18,1

*) = einschließlich Ziehereien und Kaltwalzwerke

RM-Serie zum Überstundenproblem — Teil 2

Mehrarbeit — einmal etwas gründlicher betrachtet!

Die Diskussion über Überstunden und ihre möglichst weitgehende Einschränkung hat sich nach dem Streik in der Metallindustrie, aber auch im Zusammenhang mit den Debatten um ein neues Arbeitszeitgesetz unter Gewerkschaftern ausgesprochen belebt. Im folgenden der zweite Teil einer Artikelserie, in der ein Genosse versucht, auch die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung in der Frage der Mehrarbeit aufzuarbeiten, um dann zu Schlußfolgerungen für die aktuelle Diskussion zu kommen. Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.

Nach den Ruhrkämpfen 1923 erfolgte in breiter Front die Abschaffung des 8-Stunden-Tages. Ohne nennenswerten Widerstand der Gewerkschaften wurde von der Reichsregierung die Arbeitszeitordnung von 1918/19 nicht mehr verlängert, auf tariflicher Ebene die Arbeitszeit verlängert.

Am 29.11.1923 wurde die Schichtzeit unter Tage wieder auf acht Stunden festgesetzt — die Ausfahrt aus dem Schacht zählte nicht mit. Auch in der Eisen- und Stahlindustrie wurde noch im Jahre 1923, am 13. Dezember, die längere Arbeitszeit der Kriegs- und Vorkriegszeit wieder eingeführt. Zweischichtsysteme mit Arbeitszeiten zwischen 57,5 und 59 Stunden in der Woche wurden festgeschrieben.

Kurz vor Jahresschluß schließlich wurden durch Ermächtigungsgesetz die in den Grundzügen noch heute gültige Arbeitszeitbestimmungen von der Reichsregierung festgesetzt:

- An dreißig Tagen im Jahr durfte einseitig vom Unternehmer Mehrarbeit von zwei Stunden angeordnet werden,
- zusätzlich durfte über Tarifverträge die regelmäßige Arbeitszeit täglich auf zehn Stunden verlängert werden;
- gleichzeitig wurde dem Kapital erlaubt, Tarifverträge, die weniger Mehrarbeit erlaubten, innerhalb von 30 Tagen zu kündigen.

Trotz einer Reihe von Abwehrstreiks wurden im Jahre 1924 für insgesamt knapp 4 Millionen Arbeiter Arbeitszeitverlängerungen in die neuen Tarifverträge hineingeschrieben.

Trotz verschiedener Ansätze und Auseinandersetzungen um die Frage einer tariflichen Einschränkung der Mehrarbeit in den nächsten Jahren blieben die Gewerkschaften damit im Großen und Ganzen erfolglos. Dazu trug mit bei, daß berade bei Abkommen zu Arbeitszeitfragen das Ende 1923 eingeführte Instrument der Zwangsschlichtung reichlich angewandt wurde.

Die in den Jahren 1923 und 1924 erfolgten massiven Lohnkürzungen verstärkten den materiellen Druck auf die Arbeiter, Mehrarbeit zu leisten. In dem Maße, wie die Gewerkschaften darauf verzichteten, das Zwangsschlichtungswesen offensiv anzugehen, keine Versuche unternommen wurden, sich über Zwangsschlichtungen hinwegzusetzen, verhallten natürlich Appelle zur Verweigerung von Überstunden im leeren Raum.

Weltwirtschaftskrise

Die Sichtweise der reformistischen Gewerkschaftsführungen zum Problem der Arbeitszeit in der Weltwirtschaftskrise war im Kern, daß man in einer solchen Krise nicht kämpfen könne, ja wie es Tarnow vom ADGB im Februar 1930 nannte: „Es ist falsch zu glauben, daß man in schlechter Konjunktur die Arbeitszeit verkürzen könnte.“

Zwar forderte der ADGB-Ausschuß im Oktober 1930 eine „gesetzliche 40-Stunden-Woche, so lange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwangs zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung“, und im März 1931 wurde die Forderung noch erweitert: „Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erfordert nicht nur eine vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit, um die Arbeitsgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.“

Wie aber nicht anderes zu erwarten, nahmen die bürgerlichen Regierungen diese Forderungen des ADGB nicht auf. Daraus wurde aber keine Konsequenz gezogen, wie es beispielsweise die Opposition forderte. Ihre Forderung, die Politik der Klassenkolaboration und Wirtschaftsdemokratie aufzugeben, die gewerkschaftlich-ökonomischen Bewegungen zu einem politischen Kampf auszuweiten, alle gewerkschaftlichen Machtmittel in außerparlamentarische Aktionen gegen die Regierung und das Kapital zu werfen, konnten sich nicht innerhalb der Gewerkschaften durchsetzen.

Nicht zuletzt dies ist eine Ursache für das Scheitern des Widerstandes gegen die Machtergreifung des Faschismus. Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeit von Mai 24 bis Februar 1930.

Daneben ist interessant die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit von 1928 bis 1932. Sie betrug in der Industrie wöchentlich
1929: 46,04 Stunden
1932: 41,47 Stunden.
Parallel dazu war die Zahl der Beschäftigten von 18,4 Millionen im Jahresdurchschnitt 1929 auf 12,9 Millionen im Jahresdurchschnitt gesunken. Die Summe der Löhne und Gehälter von 1928 bis 1932 von 45 Milliarden Reichsmark auf 27,4 Milliarden Reichsmark gefallen.

Tabelle 4: **Tatsächliche Arbeitszeit 1924, 1927, 1928, und 1930**

Jahr	Von 100 Arbeitern/Arbeiterinnen waren beschäftigt als Vollarbeiter: in Kurzarbeit	bis 48 Stunden	über 48-54 Stunden	über 54 Stunden
Mai 1924	k. A.	45.3	41.7	13.0
November 1924	9.3	45.3	34.7	10.7
April 1927	4.6	47.4	35.7	12.3
Oktober 1927	1.7	55.6	36.5	6.2
Oktober 1928	11.3	62.1	23.2	3.4
Februar 1930	22.9	59.9	15.2	2.0

Quelle: Jahrbuch des ADGB 1930, S. 221; eigene Berechnungen

Zeit des Faschismus

Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde eine eigenständige Arbeitszeitpolitik/Mehrarbeitspolitik der Gewerkschaften natürlich unmöglich — ein Ziel, das die entscheidenden Kapitalkreise mit der Förderung und Unterstützung der Faschisten ja auch verfolgt hatten.

Mit dem „Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit“ vom 20.1.1934 wurde der Abbau der Arbeiterrechte zugunsten staatlicher Reglements und der „sozialen Partnerschaft“ durch das Führer-Gefolgschaftsverhältnis im Betrieb festgeschrieben.

Bedingt durch die verschiedensten Aufrüstungsmaßnahmen stieg die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriearbeiter bis 1937 auf 46,06 Stunden, die Beschäftigung stieg wieder auf den Stand von 1928/1929 mit jetzt rund 18,9 Millionen Beschäftigten im Jahresdurchschnitt, während 1937 die Lohn- und Gehaltssumme mit 41,5 Milliarden Reichsmark noch unter der von 1928 lag.

Schon im Dezember des Jahres 1938 wurde der ungedeckte Bedarf der deutschen Wirtschaft vom Reichsarbeitsministerium auf über 1 Million Arbeitskräfte geschätzt. Kein Wunder also, daß zu diesem Zeitpunkt die Mehrarbeit sprunghaft anstieg.

Am 30. April 1938 erfolgte eine Überarbeitung und Neufassung der 1934 erlassenen Arbeitszeitordnung, die heute noch gültig ist.

In der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 wurde die Lage für die Arbeiterklasse erneut verschärft. Neben verschiedenen Steuererhöhungen trafen vor allem die Streichungen jeglicher Zuschläge für Mehr-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und die Aufhebung der bestehenden Urlaubsregelungen die Arbeiterklasse sehr hart.

In Berichten z.B. des Reichsstatthalters in Sachsen heißt es bereits einen Monat später: „Disziplinlosigkeit, Bummelantentum, Arbeitsverweigerung und ähnliches häufen sich in der Arbeiterschaft.“ Vor diesem Hintergrund wurde ein Teil der Maßnahmen bis Anfang 1940 wieder zurückgenommen, eine wesentliche Verschärfung war nicht gegen den mehr oder minder passiven Widerstand der Arbeiter durchzusetzen gewesen. Im Gegenteil — Ende des Jahres 1940 wurde auch der Mehrarbeitszuschlag für die 9. und 10. Stunde am Tag wieder eingeführt und zwei Monate später wurden jegliche Zuschläge für Mehrarbeit, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit von den Steuern befreit.

Die Tarifordnungen, die im Faschismus von den Reichsstatthaltern erlassen bzw. genehmigt worden waren — sie regelten Lohnhöhe, etc., galten aufgrund des Kontrollratgesetzes 56 bis Anfang der 50er Jahre auch in der Bundesrepublik, soweit sie nicht durch neue Tarifverträge ersetzt wurden. Damit waren auch die Arbeitszeiten eingeschlossen. Die tatsächliche Arbeitszeit lag in den ersten Jahren bei weniger als 40 Stunden. Ab 1948, Zeitpunkt der Währungsreform, stieg die Arbeitszeit allerdings steil an. Die bis Mitte der 50er Jahre abgeschlossenen Tarifverträge schrieben dann die 48-Stunden-Woche erst mal als Regelarbeitszeit fest.

Tabelle zur Arbeitszeitentwicklung in der Industrie während des Faschismus

	1936	1938	1940	1943
Facharbeiter und angelernte — männlich	47,5	49,6	51,0	51,7
Hilfsarbeiter — männlich	46,5	48,0	49,1	50,6
Facharbeiter und angelernte — weiblich	48,6	45,8	44,4	41,8
Hilfsarbeiter — weiblich	45,8	46,6	44,6	40,4

Anmerkung zur Tabelle: Die Zeiten sind wahrscheinlich etwas überhöht, weil bei der Berechnung (Wochenverdienste: Stundenverdienste) die Überstundenzuschläge mit im Wochenlohn enthalten sind.
Die sinkende Zahl bei den Stunden der Frauen kommt dadurch zustande, daß — trotz verstärktem Fraueneinsatz in der Rüstungsproduktion — ein hoher Anteil Frauen im Konsumgüterbereich arbeitete, der mit Verschärfung des Krieges immer weiter zurückgefahren wurde.

Im Fall Cevat Karacayli

Tathergang wurde nachgestellt

Auf Veranlassung des ermittelnden Oberstaatsanwalts Christian Weiß von der Staatsanwaltschaft Konstanz wurde in Anwesenheit der Rechtsanwälte Johannes Baier (für Frau Brigitte Karacayli) und Siegfried Kauder (für den hauptschuldigen Polizeihauptwachtmeister, der laut „Stern" Frank Giesler heißt) am 14.1.85 in der Wohnung der Karacaylis eine Rekonstruktion des Tathergangs vorgenommen, der zur Erwürgung des türkischen Arbeiters Cevat Karacayli im „Festhaltegriff" des Polizisten Giesler führte. Die Staatsanwaltschaft Konstanz verzichtete darauf, die Aussage des Postbeamten, der die Polizei alarmiert hatte, in die Rekonstruktion einzubeziehen, weil diese zu „ungereimt" war.

Die Rekonstruktion bestätigte im wesentlichen, was der RM in seiner letzten Ausgabe berichtet. Der Leitende Oberstaatsanwalt Ambs räumte denn auch später der Presse gegenüber ein, daß es sich nach seiner Auffassung um vorsätzliche Körperverletzung mit Todesfolge handelt. Zu klären sei jedoch, ob das polizeiliche Vorgehen nicht dennoch gerechtfertigt gewesen sei. Suspendiert wurden die beiden Beamten nicht. Im Gegenteil. Staatssekretär Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium wehrt sich gegen „den Versuch, die Polizei zu verunglimpfen", indem man ihr eine ausländerfeindliche Haltung



unterstelle. Schließlich gehöre seit 1982 das Thema „Umgang mit Ausländern" zum Ausbildungsprogramm im Fach Polizeidienstkunde an der Landes-Polizeischule Baden-Württembergs und sei auch für die Fachhochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen verbindlich.

Die vom Solidaritätskomitee für die Familie Karacayli aufgestellte Forderung nach rückhaltloser Aufklärung des Todes von Cevat Karacayli steht weiterhin im Raum. Hier noch einmal das Spendenkonto für die Hinterbliebenen: Nr. 3827003 bei der Villinger Volksbank.

Korrespondenz aus Bremen

„Türkentarif" bei Kfz-Versicherungen?

Im Herbst 1984 hat die Magdeburger Versicherungsgruppe (Sitz Hannover) bei 747 Türken aus Bremen und Umgebung die durch den Versicherungsmakler Özkan Erdinc geworben worden waren, die Kfz-Haftpflichtversicherung gekündigt. Die überwiegende Zahl der Verträge erlischt danach zum Jahreswechsel 1984/85, einige Verträge wurden zum Ende des I. Quartals 1985 gekündigt.

Viele Betroffene haben daraufhin versucht, bei anderen Versicherungen Verträge abzuschließen. Sie mußten feststellen, daß etliche Versicherungsunternehmen generell nicht bereit sind, mit Ausländern Kfz-Haftpflichtverträge abzuschließen, unabhängig von der Anzahl der schadensfreien Jahre des einzelnen Bewerbers. Hierzu zählen in Bremen außer der Magdeburger folgende Versicherungsunternehmen: Adler, Colonia, Allianz, Victoria. Einigen hartnäckigen Auto-Besitzern, die persönlich bei der Magdeburger vorsprachen, wurden von dieser an die Baseler verwiesen. Dort wurden auch Ausländer aufgenommen, allerdings zu einem höheren Tarif als Deutsche, (das Wort „Türkentarif" wurde dabei nicht benutzt.)

Einer der Betroffenen hat im November '84 Klage beim Amtsgericht Hannover gegen die Kündigung erhoben. Außerdem hat seine Rechtsanwältin Beschwerde bei der Bundesaufsichtsbehörde für das Versicherungswesen in Berlin eingelegt. Sie hat Anfang Januar 1985 die Kündigung der Kfz-Haftpflicht des Klägers Herrn Günaydin schriftlich zurückgenommen.

Wir vom ausländisch-deutschen Gesprächskreis sind aktiv geworden, nachdem wir von der Massenkündigung und der Klage des Herrn Günaydin gehört haben. Wir haben uns zunächst an die Arbeiterkammer gewandt und vereinbart, daß Betroffene dort kostenlos beraten werden und Rechtsschutz erhalten. Dann sind wir an die Bremer Großbetriebe Klöckner-Hütte, Daimler-Benz und Vulkan-Werft herangetreten und haben sie gebeten, die dort arbeitenden Kollegen über die Sachlage zu informieren. Außerdem haben wir uns an den Stadtteilbeirat und den Justizsenator gewandt.

Wir sehen in der Massenkündigung nicht nur eine ausländerfeindliche Maßnahme, sondern auch den Versuch, hintenherum Sondertarife für ausländische Kfz-Besitzer einzuführen. (Das Bundesverwaltungsgericht hat 1983 den Versuch aller Autoversicherungen, den sogenannten „Türkentarif" einzuführen, als verfassungswidrig zurückgewiesen). Es ist zu befürchten, daß jetzt andere Versicherungen dem Beispiel der Magdeburger folgen und Ausländer gezielt aus der Kfz-Versicherung ausgliedern und sie damit in wenige teure Versicherungsunternehmen wie die Baseler abdrängen.

Wir haben uns deshalb entschlossen, auch an die Öffentlichkeit zu gehen. Mit zweisprachigen Informationszetteln werben wir für eine Veranstaltung, auf der wir die skandalösen Praktiken einzelner Autoversicherer anprangern und politischen Druck erzeugen wollen, damit das Konzept dieser Herrschaften nicht aufgeht. Es ist unser Ziel, die Magdeburger zu zwingen, die Kündigungen in aller Form zurückzunehmen. Wir sind zuversichtlich, daß wir es schaffen werden, da wir bei der Bevölkerung und den beteiligten Behörden sowie der Presse eine Menge Unterstützung erfahren.

Der Ausländisch-Deutsche Gesprächskreis Gröpelingen trifft sich jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat um 20.00 Uhr im Kulturladen Halmerweg 43 in Bremen-Gröpelingen.

10 Jahre erfolgreiche Unterstützung politisch Verfolgter

Am kommenden Wochenende wird die Rote Hilfe Deutschlands e.V. 10 Jahre alt. Die RHD wurde Anfang 1975 in Dortmund als Solidaritätsorganisation mit allen politisch Verfolgten und Gefangenen gegründet. Sie hat seitdem Hunderttausende von Mark für die politisch Verfolgten aufgebracht und eine ganze Reihe von politischen Gefangenen in der Haft betreut.



Im Laufe der 70er Jahre fand der Rote-Hilfe-Gedanke wieder stärkere Verbreitung in der revolutionären Linken. Es gab auch reichlich Anlaß dazu. Mit den Septemberstreiks 69 (damals gab es spontane Streiks in vielen Industriebetrieben für Teuerungszulagen) und dem gewaltigen Zulauf, den die Organisationen der revolutionären Linken vor allem aus der Studentenbewegung aber auch aus der Arbeiterjugend erhielten, war eine in den 60er Jahren nicht dagewesene Destabilisierung des bürgerlichen Systems in der BRD markiert.

Entsprechend heftig fiel die Verfolgung und Drangsalierung der revolutionären Organisationen, ihrer Mitglieder und Anhänger durch den bürgerlichen Staat aus. Besonders hervor tat sich dabei die SPD, die damals die stärkste Partei in der Bonner Regierung stellte. Willy Brandt erfand die Berufsverbote. Diese Profilierung als staatstragende bürgerliche Partei war für die SPD damals möglich, ohne ernsthaft ihre Basis in der Arbeiterschaft zu gefährden, denn die Organisationen der revolutionären Linken einschließlich unserer Partei verfügten nur über wenige stabile Verbindungen zur Arbeiterbewegung. Unsere Partei war von der politischen Verfolgung besonders stark betroffen.

An einige Ereignisse in diesem Zusammenhang sei hier noch mal erinnert:

2.9.1972: Olympiade in München. Ein Tag nach dem 33. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges organisiert die Partei zusammen mit anderen revolutionären Organisationen eine Demonstration gegen den imperialistischen Krieg. Als die Polizei die Münchner Innenstadt sperrt, kommt es — „Straße frei für die Kommunistische Partei!" — zur „Schlacht am Karlstor". Diese Demo war eine der wenigen, wo die Polizei zumindest phasenweise den Kürzeren zog. Die Medien beklagten die „japanische Brutalität" der Demonstranten. Entsprechend hart fielen die Strafen für eine Reihe von Genossen aus, die festgenommen wurden. Etliche Jahre Gefängnis wurden gegen Heinz Baron, Georg Schmidt, Sascha Haschemi und andere Genossen ausgesprochen.

April 73: Der faschistische Diktator Südvietnams, Thieu, wird von der Bundesregierung empfangen. 6000 demonstrieren, besetzen das Bonner Rathaus, Gobelins und ähnliches fliegt auf die Straße, zahlreiche Festnahmen, C. Semler und J. Horlemann von der GRF („KPD") werden mit Polizeifahndung gesucht.

1. Mai 73: Die Mai-Demonstrationen der revolutionären Linken werden verboten und finden unter illegalen Bedingungen als „fliegende Demonstrationen" unter ständiger polizeilicher Verfolgung statt.

19. Mai 73: Leonid Breschnew besucht Bonn. Eine große Protestdemonstration in Dortmund von revolutionären Organisationen, darunter unserer Partei, wird verboten. Die Polizei ging an diesem Tag mit einer bis dahin nicht bekannten systematischen Verfolgung vor. Etwa 800 Demonstranten wurden verhaftet und in einem alten Luftschutzbunker interniert.

Juni 74: Eine Reihe „unpolitischer" Bürger werden in Folge von Polizeifahndung erschossen. In Frankfurt wird ein Demonstrant von einem Polizeiwasserwerfer überfahren. Und in Duisburg wird unser Genosse G. Routhier bei einem Arbeitsgerichtsprozeß so schwer von Polizisten zusammengeschlagen, daß er an der Folge dieses Polizeieinsatzes stirbt. Die Polizei überfällt auch den Trauerzug für Günter und nimmt dabei zahlreiche Demonstranten fest.

Auf den Tod des Genossen Routhier folgte eine wahre Prozeßlawine gegen unsere Partei. Zumeist ging es um die Verbreitung von Flugblättern, in denen festgestellt wurde, daß die Polizei Günter auf dem Gewissen hat oder auch um Flugblätter, in denen die Isolationsfolter gegen Gefangene aus der RAF angegriffen wird. In der Folge wurden 21 Ausgaben des „Roten Morgen" von den Gerichten verboten und — wo möglich — beschlagnahmt. Strafprozesse gegen die Verleger und Redakteure des RM folgten.

13.11.1976: Kampf am Kernkraftwerk Brokdorf. 10000 Leute gegen 2000 Polizisten, NATO-Drahtverhaue werden überwunden. Unser Genosse Bernd Woitalla wird durch den Steinwurf eines Polizisten lebensgefährlich am Kopf verletzt. Jahrelange Rehabilitation.

Auf diesem Hintergrund muß die Gründung der RHD e.V. und das Engagement von Genossen unserer Partei, beim Aufbau dieser Organisation gesehen werden. Seitdem hat die RHD viel „Gutes" getan:

- Die RHD betreut die Genossen, die wegen ihrer Teilnahme an der Antikriegsdemonstration in München ins Gefängnis mußten, und übernimmt ihre Anwaltskosten.
- Die RHD bringt 100000e von Mark auf für die Unterstützung von Genossinnen und Genossen, die mit „Routhier-Verfahren" oder anderen Presseprozessen (v.a. Roter Morgen) überzogen wurden.
- Die RHD unterstützt Demonstrationsteilnehmer von Brokdorf und Angeklagte in den KOMM-Prozessen in Nürnberg.
- Der letzte große finanzielle Aderlaß für die RHD waren die „Strauß-Prozesse", in denen die Leute verfolgt wurden, die das Wahlplakat der Volksfront (Strauß als Stier) verantworteten bzw. verbreitet hatten.

Diese Solidaritätsarbeit der RHD, obwohl sie — vor allem in den letzten Jahren — im Stillen geschieht, ist nicht zu unterschätzen. Allein machen sie dich ein. Wenn Du kämpfen willst, brauchst Du Solidarität, auch finanzielle, sonst kannst Du das auf die Dauer nicht durchhalten.

Auch wenn es heute gegen uns und unser politisches Sprektrum nicht so einen Schub von Geld- und Gefängnisstrafen gibt, wie in den 70er Jahren, so gibt es doch auch heute für uns gute Gründe, sich für den Fortbestand der RHD einzusetzen. Man stellt die RHD und Solidaritätsinitiativen, die sich zu einzelnen Fällen bilden, nicht gegeneinander ausspielen. Klar, solche Initiativen sind gut, haben meist auch die größte Breitenwirkung. Aber was machst Du z.B., wenn Dir nach fünf Jahren im Rahmen eines Zivilverfahrens die Zahnarztrechnung eines Polizisten zugestellt wird? So — sagen wir — 2433,56 DM? Eine Initiative? Da ist es schon gut, wenn es solche Leute wie die von der RHD gibt, die über lange Jahre kontinuierlich Geld auf die Seite gelegt haben.

Neben der RHD gibt es auch noch eine Reihe anderer Soli- und Rechtsschutztöpfe, das war übrigens auch bei der Gründung der RHD so. Eine einheitliche Solidaritätsorganisation der revolutionären Linken ist Westdeutschland ist aber nicht in Sicht. Von daher gibt es auch keinen Grund, die Existenz der RHD als einer Organisation, die ihre Solidaritätsarbeit an der Arbeiterbewegung orientiert, für proletarische Klassensolidarität, in Frage zu stellen.

Wir möchten deshalb noch einmal all unser Leserinnen und Leser bitten, Mitglied der RHD zu werden. Mit 2,— DM im Monat ist man dabei.

Zum Schluß: ganz einfach herzlichen Dank für die praktische Solidarität, die viele Genossinnen und Genossen unserer Partei von der Roten Hilfe erfahren haben.

An die
Rote Hilfe Deutschlands e.V.
Postfach 210309
2800 Bremen 21

Hiermit erkläre(e) ich (wir) meinen (unseren) Beitritt zur Roten Hilfe Deutschlands e.V. Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe Deutschlands jederzeit widerruflich, die von mir (und meinen Angehörigen) zu entrichtenden Beitragszahlungen in Höhe von

- **monatlich DM..........**
- **vierteljährlich DM..............**
- **halbjährlich DM............ (Zutreffendes bitte ankreuzen)**
- **jährlich DM..........**

jeweils zu Beginn des Fälligkeitszeitraums zu Lasten meines (unseres) hierunter angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen.

Für wiedereintretende ehemalige Mitglieder:

- **Ich bin ferner mit der einmaligen Einziehung von DM.............. zum Ausgleich rückständiger Beiträge einverstanden.**

Name und Anschrift des Mitglieds/der Mitglieder: ....

Bankleitzahl: ....
Konto-Nr.: ....
Name und Ort des kontoführenden Geldinstituts: ....

Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Wenn das angegebene Konto die erforliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Ort, Datum)

(Unterschrift/en)

Belgien

Keine Stationierung im März

In Belgien wird nicht, wie an sich von der NATO vorgesehen, im März mit der Stationierung der amerikanischen Marschflugkörper begonnen. Stattdessen soll, wie der belgische Ministerpräsident Martens nach einer Unterredung mit Ronald Reagan in der letzten Woche bekanntgab, Ende März im belgischen Parlament die Entscheidung darüber fallen, ob stationiert wird oder nicht. Ob diese Entscheidung endgültig sein wird, darauf mochte der christsoziale Martens sich nicht festlegen. Das wird aber offenbar in starkem Maße davon abhängen, wie das Parlament sich entscheidet. Denn für den Fall, daß die für Ende März geplante Vertrauensabstimmung im belgischen Parlament keine Mehrheit für die Stationierung ergibt, hat Ministerpräsident Martens Neuwahlen angekündigt.

Die USA haben auf diese belgische Eigenmächtigkeit ausgesprochen sauer reagiert. Unter anderem war von einem „Verstoß gegen die Solidarität unter den NATO-Partnern" die Rede. Auch das britische Außenministerium hat in einem Schreiben die Einhaltung des Stationierungstermins gefordert.

Demonstrationsrecht

Täuschungsmanöver

In Regierungskreisen wird gegenwärtig heftig darüber nachgedacht, wie man den Protest gegen das geplante verschärfte Demonstrationsstrafrecht die Spitze abbrechen und dabei in der Sache doch das Geplante durchsetzen kann.

So entstand unter anderem die Idee, nach Verbot einer Demonstration durch die Polizei nicht alle Demonstranten, die sich nicht sofort entfernen, als Straftäter zu betrachten, sondern nur solche, die bewaffnet sind. Nun ist das aber mit der „Bewaffnung" in der Bundesrepublik bekanntlich so eine Sache. Erstens, weil bei uns nicht nur Steine (von Waffen in des Wortes eigentlicher Bedeutung ganz zu schweigen), sondern eben auch Transparentstangen, Schirme, Schuhe u.ä. als Waffen gelten. Zweitens, weil außerdem vor einigen Jahren ja auch noch der Begriff der passiven Bewaffnung eingeführt wurde. Danach gilt als bewaffnet z.B. jemand, der einen Helm trägt, kann aber auch jemand gelten, der sich ein Tuch vors Gesicht gebunden hat.

Bei Licht betrachtet, ändert diese neue Idee an dem alten Plan also nicht besonders viel. Denn alle hätte die Polizei sowieso nicht kriegen können, das gab insbesondere der Bonner Polizeipräsident bei einem kürzlichen Hearing zu bedenken. Und dafür, daß die, die die Polizei kriegen kann, dann auch „bewaffnet" sind, wird sie schon sorgen. Denn darin hat sie Übung, wie zahllose Prozesse beweisen.

Kriegsdienstverweigerung

Regierung mit Neuregelung sehr zufrieden

Vor einem Jahr hat der Bundestag das Recht auf Wehrdienstverweigerung neu geregelt. Die Dauer des Zivildienstes wurde von 16 auf 20 Monate verlängert. Zum Ausgleich dafür sollte, von Ausnahmen abgesehen, bei sogenannten Ungedienten an die Stelle des mündlichen Anhörungsverfahrens ein schriftliches Verfahren treten.

Am 17.1.85 fand auf Antrag der Grünen im Bundestag eine Debatte über diese Neuregelung und über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung überhaupt statt.

CDU/CSU und FDP äußerten sich sehr zufrieden über die Neuregelung. Warum? Weil, wie Familienminister Geißler ausführte, die Neuregelung zu einem Rückgang der Verweigererzahlen geführt habe. Und das war ja schließlich Zweck der Übung.

Grundsätzliche Kritik an dem bestehenden „Gewissens-TÜV" gab es nur von den Grünen. Sie forderten die Abschaffung der Gewissensprüfung und begründeten das damit, daß die Gewissensentscheidung des einzelnen wichtiger sein müsse als die „Durchsetzung militärischer Interessen".

2000 gegen NPD-Parteitag in Velbert

Schwere Ausschreitungen der Polizei gegen Antifaschisten

Etwa 2000 Menschen demonstrierten am 20. Januar gegen den Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD in Velbert-Langenberg. Das Bürgerhaus, in dem sich die Nazis versammelt hatten, sowie das umliegende Gelände war von Polizeitruppen hermetisch abgeriegelt. So konnten z. B. Anwohner nur gegen Vorzeigen ihres Personalausweises zu ihren Wohnungen gelangen. Bei gewalttätigen Polizeiüberfällen auf Demonstranten, die vor einem Sperrgitter gegen das Nazi-Treffen und den Polizeischutz protestierten, wurden an die 30 Menschen festgenommen und mehrere durch Knüppelhiebe verletzt.

Daß sich trotz der Kälte und der aktuellen Smoglage, die die Anfahrt zusätzlich erschwerte, 2000 Antifaschisten in Velbert zusammenfanden, ist schon eine erfreuliche Sache. Unter den Demonstranten waren zahlreiche Gewerkschafter, einige von ihnen eigens von einer Gewerkschaftsschulung gekommen, andere in ihren Gruppen nicht nur aus Velbert, sondern aus verschiedenen Ruhrgebietsstädten angereist. Parolen und Aufrufe gegen Ausländerfeindlichkeit, der immer wieder angestimmte Ruf „Nazis raus" und die Forderung nach dem Verbot der NPD prägten Demonstrationszug und anschließende Kundgebung.

Im Rahmen der Kundgebung erklärte der mit Pfiffen empfangene Velberter Oberbürgermeister, die Stadt habe der NPD das Bürgerhaus nicht zur Verfügung stellen wollen und sich nur einem Gerichtsbeschluß gebeugt. Er rief die Bundesregierung auf, endlich den „notwendigen Schritt" zu machen und das Bundesverfassungsgericht wegen des Verbots der NPD anzurufen. Die Nazis im Bürgerhaus forderte er auf, die Stadt zu verlassen: „Ich erkläre sie symbolisch zu unerwünschten Personen!" Daraufhin überwog dann doch noch der Beifall.

Warum es Pfiffe gab? Nun, unter anderem deshalb, weil man im Velberter Stadtrat eine besondere Auffassung von Demokratie und Antifaschismus hat, die allerdings in unserer Republik recht verbreitet ist: Nach den ersten Protesten dagegen, daß die NPD ins Bürgerhaus gelassen werden sollte, wollte die Stadt nicht nur den NPD-Parteitag, sondern auch eine DKP-Veranstaltung am Vorabend verbieten lassen. Im Rahmen der Ausgewogenheit und des demonstrativen „Antiextremismus"... Nur die Fraktion der Grünen und neun SPD-Abgeordnete stimmten dagegen. Die Mehrheit der SPDler und die CDU war dafür. Da waren Pfiffe mehr als berechtigt.

Auf die große Empörung über den Polizeieinsatz fand Oberkreisdirektor Henschel gegenüber der Presse die folgenden Worte: „Mit der großen Mehrheit der Bürger stimmen wir in der Ablehnung der NPD überein. Aber es ist der Preis für unsere Freiheit, auch solche Veranstaltung schützen zu müssen." Es kann nicht unsere, nicht die Freiheit der Arbeiter und Antifaschisten sein, von der er spricht — eine Freiheit für faschistische Propaganda und Mobilisierung, für die der Polizeiknüppel geschwungen und Antifaschisten juristisch verfolgt werden.

Die im Sinne der Polizei in die Presse lancierten Berichte über die Gründe für die Polizeigewalt sind frei erfunden. Die „WAZ" etwa schrieb am 21.1.: „Als eine Gruppe von etwa 200 offensichtlich zur Gewalt entschlossener Demonstranten versuchte, den Ring zu sprengen, wurden sie von den Beamten mit Schlagstöcken zurückgetrieben." Die Wahrheit: Polizisten sprangen über die Absperrung und begannen Prügelei und Festnahmen, nachdem sich ein Demonstrant dahingehend geäußert hatte, Polizeisperren zum Schutz von Faschisten gehörten eigentlich abgeräumt. Was ja nun stimmt.

Beschämend war das Verhalten zahlreicher Demonstrationsordner bei den Polizeiübergriffen. Außer dem beschwörenden Ruf „Weitergehen!" und dem Schimpfen auf „Chaoten" fiel ihnen nichts ein; schon der Ruf „Laßt die Leute frei!", mit dem die Festnahmen quittiert wurden, bereitete ihnen Bauchschmerzen. Das hat nichts mehr mit Überlegungen über Sinn und Nutzen einer gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei zu tun, die zu suchen hier sicher nicht angebracht war, die aber auch nicht von den Demonstranten, sondern von der Polizei provoziert wurde.

Am Rande der Kundgebung tauchten schließlich noch Nazi-Schläger auf: Skinheads, Borussenfront, Wiking-Jugend waren dabei. Zu Auseinandersetzungen kam es nicht mehr. Die Polizei trennte die Nazis von den zahlreichen Antifaschisten, die ihnen entgegengingen, als ihr Auftauchen gemeldet wurde. Dabei wurden auch einzelne Skins kurzzeitig festgenommen.

Hungerstreik dauert nun mehr als 50 Tage

CDU/CSU: den Terroristen das Handwerk legen

Am Mittwoch, dem 23.1.85, befanden sich die Gefangenen der RAF 50 Tage im Hungerstreik. Ihr Gesundheitszustand hat sich z.T. bedrohlich verschlechtert. Die zuständigen Behörden und Politiker — und zwar aller Parteien — lassen sich durch diesen verzweifelten Kampf der Gefangenen für andere Haftbedingungen nicht beeindrucken. Im Gegenteil.

Innenminister Zimmermann soll sich nach Angaben der „taz" auf einer Sitzung des Innenausschusses am Mittwoch letzter Woche dahingehend geäußert haben, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einer Steigerung der Anschläge zu rechnen sei, wenn der Gesundheitszustand einer größeren Zahl der Hungerstreikenden in eine kritische Phase trete und vor allem, wenn es Tote gibt. Für eine Änderung der staatlichen Haltung gebe es aber trotzdem keinen Anlaß. Auf deutsch: ob die Gefangenen leben oder sterben, ist dem Minister sowieso egal. Das Problem besteht für ihn lediglich in der wahrscheinlichen Eskalation der Gewalt.

Nicht weniger zynisch ist die Haltung von Innenminister Schnoor von NRW, der in einem Interview mit der „taz" erklärte: „... und wir wissen, daß wir es mit Kriminellen zu tun haben, die entschlossen sind, jede Straftat zu begehen, um ihre illusionären Ziele durchzusetzen. Wir wissen, daß solche Aktionen wie der Hungerstreik dazugehören und deshalb ist es uns allen klar, daß man hier fest bleiben muß."

Am weitesten allerdings geht bis jetzt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Er forderte am Montag dieser Woche: „Wir müssen alles daransetzen, den Terroristen und (Hervorhebung von uns — RM) ihren noch in Freiheit befindlichen Unterstützern, die rücksichtslos morden und Menschenleben bedrohen, das Handwerk zu legen." Das ist eine Sprache, bei der sich einem die Erinnerung an jene furchtbare Stammheimer Nacht im Herbst 1977 geradezu aufdrängt.

Angesichts dieser Äußerungen maßgeblicher Staatsvertreter scheint es ausgeschlossen, daß die Gefangenen mit ihrem Hungerstreik etwas erreichen können. Zumindest nicht im Hinblick auf eine Änderung der Haftbedingungen. Wenn überhaupt, scheint die einzige Chance, den Tod von politischen Gefangenen zu verhindern und ihre Sonderbehandlung wenigstens teilweise abzubauen, gegenwärtig in politischen Initiativen zu liegen, wie sie z.B. von Angehörigen des Europa-Parlaments ergriffen worden sind. Nachdem ein Dringlichkeitsantrag der sog. Regenbogenfraktion auf Bildung einer offiziellen Delegation des Europa-Parlaments nicht behandelt worden war, hat sich jetzt eine inoffizielle Delegation von Abgeordneten der Regenbogenfraktion, von Sozialisten u.a. gebildet. Die Delegation, der u.a. auch der ehemalige Unterstaatssekretär der Labour-Party Les Huckfield angehört, will die Hungerstreikenden so schnell wie möglich besuchen, sich öffentlich für die Abschaffung der Isolationshaft und der Kommunikationssperren sowie für die Bildung von Kleingruppen einsetzen und — wenn möglich — als Vermittler zwischen den Hungerstreikenden und dem Staat tätig werden.

Asylantenlager Neuburg an der Donau

„Hungerstreik, um die Menschlichkeit zu erreichen"



Transparent der Hungerstreikenden in Neuburg

In Neuburg befindet sich das größte Asylantenlager Bayerns. Über 500 Asylbewerber leben hier. Die Bedingungen, unter denen sie leben, sind zutiefst menschenunwürdig. Alle Proteste der Lagerbewohner, von amnesty international und örtlichen Pfarrern hatten allerdings keine Wirkung. Deshalb entschlossen sich am 10. Januar 35 Lagerbewohner, mit einem Hungerstreik für mehr Menschlichkeit zu kämpfen.

Mitglieder der ÖTV und der IG Metall Augsburg sammelten bereits in der ersten Hungerstreikwoche 1000 Mark zur Unterstützung der Asylbewerber. Es ließe sich viel über die Zustände im Lager Neuburg berichten. Wie schlimm es wirklich ist, zeigt aber im Grunde genommen nichts deutlicher als der bescheidene Forderungskatalog, den die Asylbewerber aufgestellt haben. Die 13 Forderungen lauten:

„1. Da in diesem Lager pro Person und Tag Nahrung im Wert von 3 Mark ausgegeben wird, wobei weder die Auswahl des Essens noch die Menge unseren Bedürfnissen entspricht, fordern wir die Ausgabe von Lebensmittelkarten im Wert von 8 DM. (Dieser Wert ist vom Sozialamt festgelegt). Diese Scheine sollen nicht dem Kauf von Alkoholika dienen. Die andere Möglichkeit ist die Errichtung eines Ladens im Lager, wo gegen Vorlage der Kennkarte eingekauft werden kann.

2. Anstatt alle 30—40 Tage soll alle zwei Wochen die Bettwäsche gewechselt werden.

3. Duschen sollen täglich benutzbar sein.*

4. Die Zimmer haben im Durchschnitt 19 qm und sind 4-Bett-Zimmer. Der Platz reicht aber nur für zwei Personen. Daher sollen die Personenzahlen in den Zimmern reduziert werden.

5. In den Gebäuden soll stets warmes Wasser vorhanden sein.

6. Im ganzen Lager sollen Mülleimer verteilt werden.

7. Die Waschmaschinen sollen stets zugänglich und kostenlos sein.

8. Die Kleidungen sollen jährlich ausgeteilt werden.

9. Für Personen unter 18 Jahren reichen 22 DM Taschengeld im Monat nicht aus. Diese Summe soll erhöht werden.

10. Alle 2 Monate sollen die Asylbewerber für 5 Tage die Erlaubnis erhalten, in der Bundesrepublik frei sich bewegen zu dürfen. Manche bewegen sich seit über einem Jahr in einem Radius von 5 Kilometern.

11. Die Toiletten und Waschräume sollen instandgesetzt werden.

12. Die Lebensgrundbedürfnisse (Möbel...) sollen seitens der Lagerleitung zur Verfügung gestellt werden.

13. Sprachkurse sollen angeboten und eine Bibliothek soll aufgestellt werden.

*Anmerkung der Red.: Die Bäder und Duschen (es existieren zwei (!) Badewannen) sind gegenwärtig nur an zwei Tagen in der Woche geöffnet.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Ökologische Probleme

Vor einigen Jahren hat die KPD eine Broschüre herausgebracht mit dem bezeichnenden Titel: „Die gemachte Krise“. Sprich: Wir haben in Wirklichkeit keine echten Schwierigkeiten in puncto Energieversorgung! Rohstoffknappheit ist ein Phantasieprodukt der Bourgeoisie, um die Bereitschaft der Arbeiterklasse zu fördern, den Gürtel enger zu schnallen.

Zweifelos, was die Absicht der Bourgeoisie angeht, eine korrekte Analyse.

Was uns jedoch über Jahre nicht klar war — ich interpretiere jetzt — war die Gefahr implizierter Schlußfolgerungen. Überspitzt etwa so: Objektiv wird es nie zur Rohstoffknappheit kommen können. Wir haben unendliche Ressourcen. Alle heraufbeschworenen Gefahren werden immer nur taktische Hirngespinste der Kapitalisten bleiben.

Entsprechend unsere Ausrichtung im Klassenkampf: Kampf zum Erhalt der Arbeitsplätze um jeden Preis. Dementsprechend aufopfernd unterstützen die Genossen den Kampf der englischen Bergleute, d. h. den Kampf darum, von neuem tagtäglich von der Bourgeoisie um den Mehrwert betrogen, gesundheitlich ruiniert und um das Recht auf Freizeit betrogen zu werden.

Ich persönlich habe inzwischen große Bedenken. In Grobform malen wir uns ein Sozialismusbild aus mit einer Durchschnittsarbeitszeit von 2,5 Stunden, was bei Beschränkung auf die natürlichen Bedürfnisse und eine entsprechende ökologische Grundausrichtung durchaus möglich wäre.

Demgegenüber animieren wir die englischen Genossen, sich weiter die Bereitschaft ihrer Ausbeuter zur Ausbeutung zu erkämpfen.

1985 ist nicht Weimar. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist um vieles weiter. Das Kapital von heute wird sich noch 2 bis 3 Millionen Arbeitslose erlauben können, ohne am Hungertuch zu nagen. Im Gegenteil: Die Arbeitslosen von heute stehen nicht Schlange vor Lebensmittelläden bzw. bangen ums tägliche Brot. Nein, sie erhalten gar noch ihren Videorecorder, um den Frust im eigenen Kote zu ersticken.

Infolge dieser bourgeoisen Handlungskapazität erscheint es geradezu lächerlich, mit dem Gegner den Kampf um Erhalt der Ausbeutungsstätte zu führen.

Unseren Forderungen fehlt jede Form erkenntnisschaffender Radikalität.

Darüber sollten wir gemeinsam nachdenken!

W. B.

ML-Verschnitt?

Liebe Genossen!
Ich bitte euch, den nun folgenden Beitrag von mir zur Sozialismus- und Programmdiskussion im nächsten RM zu veröffentlichen.

Eure Artikel zur Sozialismus- und Programmdiskussion im RM Nr. 50, 51/52 habe ich intensiv studiert und ebenfalls die TOs Nr. 9 und 10, auf die sich diese Artikel beziehen bzw. daraus entnommen sind. Die besagten Artikel und TOs haben mir keine Fragen beantwortet, keine Perspektiven aufgezeigt, eher haben sie Verwirrung gestiftet und erst in der gründlichen Auseinandersetzung mit ihnen gewinne ich Klarheit darüber, was da für ein ML-Verschnitt zu Papier gebracht worden ist. Bei meiner Auseinandersetzung mit diesen Texten habe ich auf die Urtexte der Klassiker des Marxismus-Leninismus zurückgegriffen, einschließlich auf Stalin-Texte. Denn das ist ja besonders auffallend bei den o. g. Werken: in den reichlich vorhandenen Zitaten und Literaturhinweisen finden sich neben den Klassikern, die Renegaten Trotzki und Bucharin und alle möglichen bürgerlichen Schreiberlinge, nur eben nicht STALIN. Aber nun mal nach der Reihe:

1. Da schreibt z. B. der Genosse H. D. Koch, daß die Artikel „Von der Oktoberrevolution zur Neuen Ökonomischen Politik“ und „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“, „durch Beschluß des ZK der KPD initiiert“ wurden! Da bin ich aber baff und frage mich, was das soll? Sollen hier die Artikelschreiber mit der höheren Weihe einer Parteiautorität ausgestattet werden, damit wir Leser uns mit der entsprechenden Ehrfurcht im Herzen diesen Werken nähern und ja nicht auf die Idee kommen, das Maul zu öffnen für Kritik und für Fragen! Kritik und Fragen sind dann ja wohl auch nicht erwünscht, wenn verkündet wird: „Das ZK (...) hat im Oktober (...) diskutiert (...) folgende Thesen (...) geben den Diskussionsstand im Zentralkomitee unserer Partei wieder.“ Abgesehen von der Haltlosigkeit der aufgestellten Thesen frage ich: wie ist denn der Diskussionsstand in der Partei, warum wird denn dieser nicht dargestellt und was ist mit der zum Teil heftigen Kritik an anderen Ausführungen des Genossen Koch zu diesem Thema? Andern Dogmatismus und Bürokratismus vorwerfen, sich aber selbst nicht an die einfachsten demokratischen Grundregeln halten, das ist typisch.

2. Nun hat sich das ZK mit seinen TOs und seinen voreilig gefaßten Zusammenfassungen und Thesen zur Unzeit und zu weit aus dem Fenster gehängt. Denn was ist, wenn sich die Artikel — was absehbar ist — als falsch und gänzlich ungenügend für die Sozialismus- und Programmdiskussion erweisen? Denn daß diese Texte nicht einmal den minimalsten Anforderungen einer wissenschaftlich-theoretischen Arbeit genügen und auch nicht den Anforderungen, die die Klassiker selbst gestellt haben, liegt auf der Hand. Wenn man dann noch vorgibt, den „dogmatisierten“ und „verengten“ Marxismus aufbrechen zu wollen, wird das alles zur Groteske und man kann sich nur kaputtlachen über den Größenwahn einiger Parteioberen!

Im übrigen ist es bisher in der Partei so gewesen, aus gutem Grund, daß die Urtexte der Klassiker geschult und studiert wurden, nicht irgendwelche Zitate, Zusammenfassungen oder Neuinterpretationen. So

So fehlt z. B. bei dem Text „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“ der oder die Verfasser. Ebenfalls fehlt ein ausführliches Inhaltsverzeichnis. Bei der Art und Weise, wie dann zitiert wird, sträuben sich einem die Haare: da werden Zitate aus dem Zusammenhang gedes Textes, aber auch aus dem historischen Zusammenhang gerissen. Es werden nur Begriffe, halbe oder Teilsätze zitiert und in neue Texte eingebaut etc. Oder in dem hier angeführten Text über Marx und Engels tauchen unvermittelt Lenin-Zitate auf. Oder da wird „Die Deutsche Ideologie“ auf knapp zweieinhalb Seiten abgehandelt, für „Das Elend der Philosophie“ reichen schlappe eineinhalb Seiten! Und so geht das dann weiter. Man könnte diesen Schnellkurs in Marxismus: „Marxismus für Klippschüler“ überschreiben! Wenn es dann noch heißt, „dabei einige Probleme hervorzuheben, die in der heutigen Diskussion von besonderer Bedeutung sind“, diese Probleme aber nicht klar und eindeutig herausgestellt und begründet werden, dann ist der Manipulation und Fehlinterpretation von Klassikertexten Tür und Tor geöffnet. Das macht dann solche „Überblicke“ oder „Zusammenfassungen“ von Klassikertexten gänzlich wertlos. Man kann sich dann sicherlich auch nicht darauf berufen, das war ja nur ein „Versuch“ und der hat deshalb noch diese oder jene Mängel.

3. Besonders kritisch wird es aber dann, wenn ganz offensichtlich die Autoren selbst den Überblick und den Zusammenhang ihrer einzelnen Texte verlieren. Im Text „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“, der im Mai 1984 erschien heißt es auf Seite 50 in der Einleitung: „Wir können uns heute auf ein weitaus reicheres Erfahrungsmaterial stützen, als es Marx und Engels damals zur Verfügung stand. Im Gegensatz zu ihnen verfügen wir insbesondere über die — positiven und negativen Erfahrungen der ehemals sozialitischen Länder und über die Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus in Albanien. Will man diese Erfahrungen aber auswerten, so ist es zunächst erforderlich, sich mit den Untersuchungen von Marx und Engels vertraut zu machen.“

Das bedeutet doch, daß unsere Partei bei dem Komplex „Sozialismus- und Programmdiskussion“ die Erfahrungen der ehemals sozialistischen Länder und den Aufbau des Sozialismus in Albanien auswerten und zunächst sich mit Marx und Engels vertraut machen wollte. D. h. das war erst oder ist der Anfang einer langwierigen Untersuchungs-, Studier- und Diskussionsarbeit in der Partei. Aber was ist dann tatsächlich geschehen: die Richtung wird geändert und man landet beim „dogmatischen Marxismus“ und bei dem Versuch ihn „aufzubrechen“.

Ganz deutlich wird dies im Artikel von D. Schneider: „Von der Oktoberrevolution zur Neuen Ökonomischen Politik“. Dieser Artikel gibt vor: „Lenins Strategie für die Übergangsgesellschaft 1917—23“ darzustellen, heraus kommt dann tatsächlich etwas ganz anderes. Auf Seite 27 heißt es „Eine solche Tendenz bestand — wie noch zu zeigen sein wird — durchaus bei manchen der damaligen bolschewistischen Führer; eine solche Tendenz hat sich auf dem Weg der Dogmatisierung bestimmter Erfahrungen der russischen Revolution später sogar allgemein durchgesetzt ...“, eine kühne und unbewiesene Behauptung! Und weiter geht es auf Seite 28: „Eine Dogmatisierung dieser Art jedoch kann sich nicht auf Lenin selber berufen, der immer wieder die besonderen Bedingungen hervorgehoben hat, unter denen sich der revolutionäre Prozeß in Rußland vollzog.“ Damit ist dann die Katze aus dem Sack: es geht jetzt nur noch um den „Dogmatismus“ und nicht mehr um die zunächst vorgegebene Darstellung der Strategie Lenins.

Prüft man die Zitate und die Schriften, aus denen zitiert wird, kann einem nur noch übel werden: Halbsätze, einzelne Begriffe, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate etc. Wichtige Schriften und Werke Lenins werden gar nicht berücksichtigt so z. B. Lenin: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats. Es fehlt der für den genannten Zeitraum 1917—23 Rückgriff auf Lenin Werke Band 23 und 24. Andere Schriften Lenins wie z. B. „Wie soll man den Wettbewerb organisieren“ werden dann überbewertet. Es müßte dem Autor doch zu denken geben, wenn unter diesem Artikel der Hinweis steht: „Geschrieben 25.—28. Dez. 1917, zuerst veröffentlicht am 20. Januar 1929 in der ‚Prawda‘ Nr. 17“.

Wenn man so mit den Schriften Lenins umgeht, kann man alles und nichts beweisen. Der Genosse Schneider versucht hier nur sehr subjektivistisch zu beweisen, daß Lenin den Marxismus nicht dogmatisiert hat. Dabei nimmt Lenin zwar die Züge eines „nationalrussischen Sponti“ an, aber was tut das schon zur Sache. Mit dieser Methode könnte man Lenin auch zum blutrünstigen Dogmatiker und Diktator machen!

Und wer ist nun der große Dogmatiker, der Wegbereiter des Revisionismus? Da kann es nach alldem nur eine Antwort geben: Stalin. Das steht da zwar so nicht drin, aber logisch weitergedacht kann es ja nur diese Antwort geben!

Ich denke, daß schon nach diesen Ausführunge ein wenig klar wird, wohin die hier angesprochenen Artikel aus den letzten TOs gehören, nämlich in den Reißwolf oder ihr müßt das „Theoretische Organ“ demnächst in „Teuschungs Organ“ umbenennen!
Rot Front
R. P.

Bewältigung?

In meiner politischen Arbeit in den letzten Jahren und Monaten bin ich zu der Erkenntnis gekommen, die ich meine, wert ist festgehalten zu werden.

Ich hatte Gelegenheit, mit vielen jungen Menschen zu sprechen, die nicht aus dem kommunistischen Lager oder deren Umfeld kamen. Zum Beispiel Naturfreunde-Jugend, Sozialistische Jugend, Schülergruppen, die in ‚Jugend forscht‘ ihre Heimatgemeinden unter die Lupe nehmen und m. E. erstaunlich viel leisteten in punkto Vergangenheitsbewältigung. All diese jungen Menschen haben Eltern, Großeltern und Verwandte und Bekannte, die die NS-Zeit selbst miterlebt haben. Diese wurden von den jungen Menschen befragt. Was da zutage trat, war sehr unterschiedlich. Es war auch sehr schwer, die Fragen so zu formulieren, um überhaupt eine Antwort zu bekommen. Bei denen, die die Zeit der NS-Gewaltherrschaft selbst miterlebt haben, bekommen die durch Fragen und Gespräche bloßgelegten Erinnerungen ein oft nicht beeinflußbares Gewicht. Es sind nicht nur fremde Spuren, wie sie die Nachkriegsgeborenen suchen, sondern tiefe Gräben in der eigenen Lebensgeschichte, die viele verdrängt und zugeschüttet haben, vielleicht vergessen mußten, um ihr Gleichgewicht für das Heute zu finden. Und nicht nur die, die Schuldgefühle zu verdrängen hatten.

Heute, 1984, können wir feststellen, daß von den vielen, die schon in der Zeit selbst weggedrängt haben, was sie täglich in der Zeitung lasen und was sie täglich sahen und selbst erlebten, und von denen, die zustimmend oder auch aktiv die Nazis unterstützten, diese Weltanschauung teilten —, haben heute zu ihrer alten Sprache zurückgefunden.

Wie oft bekommt man zu hören: „Eigentlich war ich ja nie so richtig dafür, aber was sollten wir auch machen? Aber eins muß man dem Adolf lassen, Ruhe und Ordnung hat er geschafft!“

Daß Ruhe und Ordnung der Nazis und ihrer Dulder zu den größten Unordnungen und zum zweiten Weltkrieg geführt haben —, das begreifen sie heute noch nicht!

Wir sollten wieder auf Worte hören, die heute wieder zum allgemeinen Sprachgebrauch zählen. Für mich sind das immer Reizworte z. B.: Humanitätsduselei — Drittes Reich — entartet — Überfremdung — Vergeltung — asozial — 1945 Zusammenbruch — deutsche Werte und Tugend — usw. usf. Seiten könnte man füllen. Ein Goebbels würde sich freuen über den NS-Sprachgebrauch. Oder wenn man sich reinwaschen will. Von KZs habe ich nie etwas gewußt, trotzdem die NS-Presse selbst darüber geschrieben hat. Oder: ich bin freiwillig zu den Fallschirmspringern gegangen, um nicht zur SS zu müssen“.

Dabei wäre es so einfach, ehrlich zu sagen: Ja, ich war ein Nazi, habe aber aus der Geschichte gelernt und will mich heute dafür einsetzen, daß der Faschismus unsere heutige Jugend nicht wieder verführen darf. Das würde ehrlich klingen und nicht so schäbig sein wie die verlogenen Rechtfertigungen.

Wenn junge Menschen nach Widerstandskämpfern suchen, da kann man erleben, daß sich gewisse Leute freuen zu berichten, was sie so alles gemacht haben, sie erzählen viel von ihrem Widerstand, haben sie doch wenigstens jetzt Gelegenheit und die Möglichkeit sich zum „Michtnazi“ umzufunktionieren und womöglich noch, damit Eindruck einer gewaltigen Widerstandsbewegung aus dem Volke heraus entstehen zu lassen. Wie sah aber die Wirklichkeit aus?

Ich weiß, daß es heute für einige nicht ins Bild paßt, daß es mindestens ebensoviele Denunzianten und noch mehr Spitzel gab als Widerstandskämpfer. Auch das Wort „Widerstandskampf“ ist inzwischen zum verbalen Schlagwort herabgewürdigt. Fest steht, es gab damals so viele Formen des Widerstandes, auf die das Wort „Kampf“ nur sehr schlecht paßte, da sie keinerlei kämpferischen Ausdruck trugen. Auch wenn das, was man tat, mit dem Tode bestraft werden konnte.

Die Plakat- und Flugblattaktionen der Widerstandsgruppen der organisierten Arbeiter, diese trugen einen deutlichen Kampfcharakter nach außen, waren aber mitunter so angelegt, daß sie nur einen Teil der Bevölkerung — nämlich den politisch interessierten, Kommunisten und Sozialdemokraten — ansprachen und daher keine Massenbasis erreichten. Ein Großteil des Widerstandskampfes verlagerte sich später in den Jahren nach 1940, wo Häftlinge in den Rüstungsbetrieben eingesetzt wurden, in die Konzentrationslager. Dort wurde trotz drohender Todesstrafe Sabotage getrieben. Und nicht zu vergessen der aktive Kampf der Überläufer zu den Anti-Hitler-Truppen und beim Nationalkomitee Freies Deutschland. Dieser Widerstandskampf wird immer wieder hervorgehoben und dargestellt. Nur, ist es vielleicht nicht etwas zuwenig, wenn man dadurch die ganz leisen, völlig unauffälligen Formen des Widerstandes vergißt? Formen, die sich im Laufe der Zeit ergaben. Es gab nicht nur den Bürokratismus in der Nazizeit; es gab auch eine schleichende Verschleppung von Nazi-Andordnungen durch kleine Behördenangestellte. Es gab die Stille-Hilfe der Lebensmittel- und Quartierbeschaffung, das Frühstücksbrot, das dem Gefangenen gegeben wurde. Manchmal konnte ein einziger Satz im richtigen Moment ein ganzes Warnsystem ersetzen. Jeden einzelnen Fall dieser Art aber kann man in einem Gespräch ergründen. Man muß nur richtig hinhören können. Es kommt also zuerst einmal darauf an zu klären, ob der betreffende Gesprächspartner ein Nazi war oder nicht und ob er, wenn er einer war, sich nach 1945 „gewandelt“ hat oder nicht. Das letztere ist sehr einfach zu erkennen; die noch heute „Unbelehrbaren“ verraten sich ständig selbst durch ihre Redewendungen — armes Deutschland — der Jude — die Siegermächte sollten mal selbst ihre Verbrechen auflisten — die Ausländer müssen raus — Arbeitsdienst muß her — usw. Es ist nicht so wichtig, was der Betreffende sagt, sondern wie er es sagt! Denken wir daran, daß für einen Nazi das Jahr 1945 einen **„Zusammenbruch“** bedeutete. Daß er dadurch selbstverständlich besonders unter der Besatzung, dem Hunger und den Entbehrungen litt. Wenn er also hier besonders dick aufträgt, entweder auf die Tränendrüsen drückt oder Haßgefühle gegen die Sieger äußert, verrät er sich damit selbst. Er war vermutlich ein Nazi ob mit Parteibuch oder ohne sei dahingestellt. Wenn er von den primitiven Russen spricht, ist anzunehmen, daß er ein 100prozentiger Nazi war, denn die Russen waren ja im Nazisprachgebrauch „Untermenschen“.

Wichtig ist auch, etwas über das Verhalten des Gesprächspartners „vor“ der beginnenden Niederlage zu ergründen. Jetzt kann man deutliche Fragen stellen. Ein Nazi hat in bezug auf die Judenverfolgung „nichts gewußt“. Ein Gegner dagegen sehr wohl! Er war ja nicht blind und taub. Die Verfolgungen traten ja klar zutage, durch Gesetze, Kristallnacht“ in Presse und Rundfunk wurde darüber berichtet, an den Litfaßsäulen konnte man es lesen, ja sogar in Kinderbüchern! Ein Gegner der Nazis hatte davon gewußt, wer aber will ihm heute vorwerfen, daß er kein Held war und nicht seinen Kopf riskierte ... Aber gerade für einen Gegner gab es auch zumutbare Formen des Widerstandes, und die sollte man in einem Gespräch erfragen, denn sie wurden praktiziert, wie die stille Hilfe und die Sabotage.

Warum ich das so ausführlich bringe, der Grund ist der, daß wir sehr oft falsch an unsere Gesprächspartner herangehen. Um das Feld der Antifaschisten zu vergrößern, müssen wir nach Formen suchen, nach neuen Mehtoden des Ansprechens und nicht vor den Kopf stoßen und immer nur recht haben wollen. Wir müssen überzeugen, sachlich und ehrlich, damit wir verstanden werden. Unsere Arbeit muß nachvollziehbar sein. Wir sollten einmal darüber nachdenken!

Mir scheint, daß zum Helden, zum Widerstandskämpfer nur hochstilisiert wird, wer für die gegenwärtige Politik in dem jeweiligen Land — da sind sich Ost und West gleich — gebraucht wird. Daß die toten Widerstandskämpfer in der DDR geehrt werden, ist gut, daß die lebenden ehemaligen Widerstandskämpfer in der DDR verehrt werden, ist richtig, sie sind Vorbilder der Jugend. Aber bitte nur die, die die Politik der SED voll vertreten und den realen Sozialismus als das große Ziel ansehen, für das sie gekämpft und gelitten haben. Mit welchem Recht erklärt die DDR, daß sie und nur sie das Vermächtnis der ermordeten Widerstandskämpfer erfüllt hat?

Es muß die Frage erlaubt sein: Was würden die ermordeten Widerstandskämpfer, wenn sie heute am Leben sein würden, zu der DDR und dem realen Sozialismus sagen? Wenn sie sich angepaßt hätten und mitmachen würden, dann sicher nichts. Aber wenn sie Marxisten-Leninisten geblieben wären, und das nicht nur mit dem Mund, sondern auch mit dem Herzen, und sie hätten Kritik angewandt und Selbstkritik verlangt, dann wären sie heute im Widerstand oder würden die Strafanstalten und Arbeitslager der DDR kennenlernen. In der DDR wird Schweigen und Wohlverhalten von den Genossen gefordert auch in Fragen der Wahrheitsfindung.

Dem gegenüber steht: daß in der BRD heute noch die aktiven Widerstandskämpfer aus den Arbeiterkreisen immer noch den Ruf des Vaterlandsverräters, des Nestbeschmutzers, ja sogar des Kriminellen anhängt. Ausgenommen sind die Juden, denen steht man Notwehr zu. Und nicht vergessen, die kleine Gruppe von konservativen Offizieren, die den Eroberungskrieg mitmachten, solange er siegreich war. Sehr spät, zu spät dann zu der Erkenntnis kamen, daß Hitler, dem sie die Treue einmal geschworen, in eine nationale Katastrophe steuerte.

Mit diesen etwas zu spät geratenen Widerständlern identifiziert sich die Bonner Regierung — sie sind ihr großes Vorbild. Nur weil sie sie gebrauchen können für ihre Verdummung der Massen.

Wichtig für uns muß heute sein, nach vorne zu schauen, nach neuen Wegen, die gangbar sind, zu suchen, andere mitreißen und begeistern für den Sozialismus. Nur das ist unser Ziel und unsere Aufgabe.
Harry Dubinsky

Nachtrag

Noch im Sommer dieses Jahres fuhr ich mit meinem Genossen Harry Dubinsky — zweifellos innerlich empört — nach Wien, um den albanischen Botschafter persönlich nach ihren Beweggründen zu befragen, einen Reaktionär wie FJS mit einem derartig honorigen Aufwand empfangen zu haben.

Mit Sicherheit hat mich schon damals die souveräne Begründungsformel der Genossen erstaunt. Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Strauß sei eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Er habe gewissen politischen Einfluß in der BRD. Albanien sei an zwischenstaatlichen Beziehungen zum eigenen Vorteil interessiert. Strauß könne dieses Interesse ob seines politischen Einflusses in gewisser Weise befriedigen helfen. Keine moralische Wertung. Klare Aussage zur Sache.

Genau das ist es, was auch wir lernen müssen. Nicht die Albaner bringen uns innerhalb der BRD-Linken in Schwierigkeiten. Im Gegenteil: sie liefern uns sogar ein Beispiel für ein sozialistisches Land, das konsequent seine Weiterentwicklung betreibt.

W. B.

30. Januar 1933:

Wer brachte Hitler an die Macht?

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Bei der letzten Reichstagswahl im November 1932 hatte die Nazi-Partei 33,1 Prozent der Stimmen erhalten. Diesem Masseneinfluß der Nazis von 11,7 Millionen Wählerstimmen standen 37,2 Prozent bzw. 13,2 Millionen Wähler gegenüber, die für SPD und KPD und damit eindeutig antifaschistisch gestimmt hatten. Die Zentrums-Partei erhielt 15 Prozent der Stimmen und auch diese 5,3 Millionen tendierten in ihrer Mehrheit keineswegs zu einer Übertragung der Macht an die Nazis. Ohne den zweifellos gewaltigen Masseneinfluß der Nazis zu verharmlosen, ist doch festzustellen, daß der Machtantritt der Nazis sich keineswegs als Ergebnis bürgerlich-parlamentarischer Wahlen oder als Ausfluß des Mehrheitswillens des deutschen Volkes vollzog. Vielmehr war die Übergabe der Macht an die Faschisten von den ausschlaggebenden Teilen des Monopolkapitals durchgesetzt worden.

Im folgenden Artikel wollen wir in groben Zügen skizzieren, wie Hitler zunächst nur von einigen völkisch gesonnenen Unternehmern unterstützt wurde, wie dann einzelne Vertreter des Monopolkapitals die Brauchbarkeit von Hitler und der Nazi-Partei für ihre Zwecke erkannten und früh mit der Förderung der NSDAP begannen, bis im Zuge der Verschärfung der kapitalistischen Krise und der Zuspitzung der Klassenwidersprüche die ausschlaggebenden Kreise der Monopolbourgeoisie die Übergabe der Macht an die Nazis und die Errichtung der faschistischen Terrordiktatur betrieben.

Vor allem aufgrund dieser historischen Erfahrungen formulierte Georgi Dimitroff auf dem VII Weltkongreß der Kommunistischen Internationale folgende klassenmäßige Charakterisierung des Faschismus: „Der Faschismus an der Macht (. . .) ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Bis 1923 waren es im wesentlichen nur einzelne kleinere Unternehmer wie beispielsweise der Münchner Verleger und Druckereibesitzer Hugo Bruckmann, die Hitler unterstützten. Über diesen Freundeskreis von Unternehmern erhielt Hitler Kontakt zu Stinnes und dem General Ludendorff, die einen Rechtsputsch planten und Hitler an den Putschvorbereitungen beteiligten. 1923 schloß Fritz Thyssen sich diesem Unternehmen an. Damit begann auch die Unterstützung der Nazi-Partei durch Thyssen.

1926/27 versuchte Hitler, seinen Unterstützerkreis unter den Industriellen zu erweitern. Er hielt mehrere Vorträge vor rheinisch-westfälischen Industriellen. Von großer Bedeutung war, daß mit Emil Kirdorf von der Gelsenkirchner Bergwerks AG einer der einflußreichsten Vertreter des Ruhrbergbaus Förderer der Nazis wurde. Der Einfluß der Nazis unter den Zechenbaronen an der Ruhr wurde weiterhin dadurch gestärkt, daß Reismann-Grone, der Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", die als eine Art politischen Sprachrohrs des Ruhrbergbaus galt, zum Kreis der Nazi-Förderer stieß.

Reismann-Grone und Kirdorf vermittelten auch den Kontakt Hitlers zu Alfred Hugenberg. Hugenberg, ein früherer Krupp-Direktor, war einer der Führer der Deutschnationalen Volkspartei und verfügte über den mit Abstand größten Pressekonzern der Weimarer Republik.

Diese neuen Verbindungen ermöglichten es Hitler, seine relativ isolierte Stellung als Führer einer völkischen Splitterpartei zu überwinden und sich der Öffentlichekit zunehmend als ein Führer der „nationalen Opposition" zu präsentieren. So saß er im Sommer 1929 gemeinsam mit führenden Vertretern der traditionellen bürgerlich-nationalistischen Rechten im „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" gegen den Young-Plan.

Diese planmäßige und systematisch betriebene politische Aufwertung Hitlers durch Thyssen, Kirdorf, Reismann-Grone, Hugenberg u. a. war zusammen mit den nun im größten Umfang fließenden Zuwendungen aus der Industrie die entscheidende Voraussetzung für den Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930. Hatte die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 noch 810127 (2,6 Prozent) Stimmen erhalten, so errang sie 1930 6379672 (18,3 Prozent) Stimmen, womit die NSDAP alle bürgerlichen Parteien überflügelte und zur zweitstärksten Partei nach der SPD (24,5 Prozent) wurde.

Wenige Wochen nach der Reichstagswahl ging Fritz Thyssen in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom 27. November 1930 in die Offensive und forderte unmißverständlich die Unterstützung der Nazis.

Kirdorf spielte seinen ganzen Einfluß im Bergbauverein aus und setzte durch, daß für jede Tonne Kohle, die ein dem rheinisch-westfälischen Kohlesyndikat angeschlossenes Unternehmen verkaufte, 5 Pfennig an die NSDAP abgeführt wurden. Dieser Beschluß des Bergbauvereins wurde zwar nicht lange durchgeführt, doch wurde damit eindeutig dokumentiert, daß Hitler als politischer Repräsentant einer starken und einflußreichen Gruppe von Industriellen, vor allem von Vertretern der Schwerindustrie, anzusehen war.

Infolgedessen vergrößert sich der Einfluß der Nazi-Gruppierung innerhalb der Monopolbourgeoisie weiter. Neue wichtige Namen kamen hinzu: Otto Steinbrink (Flick KG), August Rosterg (Wintershall AG), Ernst und Walter Tengelmann (Gelsenkirchner Bergwerks AG und Essener Steinkohlebergbau), Albert Vögler (Rheinisch-Westfälisches Kohlesyndikat), Ernst Brandi (Vereinigte Stahlwerke AG), Ernst Poensgen (Vereinigte Stahlwerke AG), Fritz Springorum (Hoesch AG) u. a.

Auch aus den Kreisen der Hochfinanz stießen immer mehr Vertreter zum Kreis der Nazi-Förderer: Hjalmar Schacht (zurückgetretener Reichsbankpräsident), Georg v. Strauß (Deutsche Bank), Edmund Hilgard (Allianz- und Stuttgarter Vereins-Versicherungs AG), Friedrich Reinhart (Commerz- und Privatbank AG), Otto Christian Fischer (Bankhaus Merck, Fink & Co.), Baron Kurt v. Schröder (Kölner Privatbank Stein), Emil Meyer (Dresdner Bank), Karl Rasche (Westfalenbank) u. a.

Nach der Bildung der Harzburger Front im Oktober 1931 kamen weitere erste Adressen aus der Industrie hinzu.

So formierte sich bis Ende 1931 eine starke Gruppe innerhalb der Monopolbourgeoisie, die mit allen Mitteln versuchte, Hitler und die NSDAP an die Macht zu bringen. Die einflußreichsten Vertreter dieser Gruppierung von Großindustriellen und Finanzmagnaten trafen sich regelmäßig, um die politische Lage zu beraten und um zu erörtern, welche Schritte und Maßnahmen notwendig und möglich waren, um die Machtergreifung durchzusetzen.

So einflußreich diese vor allem von Vertretern der Schwerindustrie geführte Nazi-Gruppierung innerhalb der Monopolbourgeoisie mittlerweile geworden war, repräsentierte sie auch Anfang 1932 noch keineswegs die Mehrheit der deutschen Monopolkapitalisten. Nach wie vor war vielmehr die Mehrheit im deutschen Monopolkapital gegen eine Reichskanzlerschaft Hitlers.

1932 trat innerhalb der Monopolbourgeoisie eine Mehrheit zunächst noch für die Fortsetzung der Brüningschen Präsidialkabinette ein, die ja bereits wesentliche Grundzüge des Parlamentarismus außer Kraft gesetzt und beispielsweise auch die Tarifautonomie weitgehend aufgehoben hatten. Brüning selbst war ein Gegner der Weimarer Republik.

Die Nazi-Gruppierung konnte sich in dieser Phase vor allem deshalb nicht durchsetzen, weil sie auf den geschlossenen Widerstand des Chemie- und Elektrokapitals traf.

Diese zeitweiligen Mehrheitsgruppe innerhalb der deutschen Monopolbourgeoisie war weder prinzipiell gegen den Faschismus, noch lehnte sie kategorisch eine Zusammenarbeit mit Hitler und der NSDAP ab. Sie hatte unterschiedlich starke Vorbehalte gegen die sich umstürzlerisch gebende NSDAP, widersetzte sich aber vor allem dem Führungsanspruch, den die vorwiegend schwerindustrielle Gruppe um Thyssen, Kirdorf, Schacht u. a. mit Hitler und der NSDAP durchsetzen wollte. Brüning selbst warb übrigens in Unterredungen mit Hitler um die Unterstützung der NSDAP für sein Kabinett. Er weigerte sich aber, der NSDAP die Entsendung von Ministern in sein Kabinett anzubieten, was ein Teil seiner monopolkapitalistischen Hintermänner verlangte.



Diese Broschüre für nur 1,— DM zu erhalten beim Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Am 30. Juni 1932 stürzte das Kabinett Brüning. Mit der Zuspitzung der kapitalistischen Krise und der Verschärfung der Klassenkämpfe hatte sich auch die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse verschärft. Die Mehrheitsgruppierung innerhalb der Monopolbourgeoisie, die der Thyssen/Kirdorf/Schacht-Gruppe gegenüberstand und bis jetzt gemeinsam die Brüning-Regierung gestützt hatte, begann sich zu zersetzen und aufzuspalten.

Der Sturz des Kabinetts Brüning signalisierte indirekt einen erheblichen Einflußzuwachs der Nazi-Industriellen. Der auf Brüning folgende Reichskanzler v. Papen hatte von den hinter ihm stehenden monopolkapitalistischen Kreisen bereits den Auftrag, irgendeine Form der Zusammenarbeit mit Hitler und der NSDAP zu suchen, gleichzeitig aber zu verhindern, daß die Gruppe um Thyssen, Kirdorf den entscheidenden Einfluß auf die Regierung erlangte. Führende Kreise des Elektro- und Chemiekapitals wollten die Kontrolle der Schwerindustriellen über Hitler und die NSDAP aufweichen, um die NSDAP bzw. zumindest Teile der Nazi-Partei vor den eigenen politischen Karren zu spannen. Zu diesem Zweck sollte v. Papen Nazis als Minister in sein Kabinett holen, die Forderung nach der Reichskanzlerschaft Hitlers aber ablehnen.

Die Nazi-Industriellen, vor allem Thyssen, traten solchen Kompromißlösungen entschieden entgegen. Sie verbanden die weitere Unterstützung Hitlers und der NSDAP mit der Forderung, daß nur ein von Hitler geführtes Kabinett akzeptiert werden könne, jede Beteiligung an einer nicht von den Nazis geführten Regierung aber abzulehnen sei.

Die Gruppe um Thyssen, Kirdorf u. a. war an halben Sachen nicht interessiert. Sie hatten Hitler und die NSDAP großgemacht, um ihr politisches Programm durchzusetzen: Zerschlagung von KPD, SPD; Zerschlagung der Gewerkschaften; Liquidierung des Parlamentarismus und aller demokratischen Rechte und Freiheiten für die Arbeiterklasse und die Werktätigen; verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse; Ankurbelung der Wirtschaft vor allem durch staatliche Rüstungsaufträge; Revanche für den verlorenen ersten Weltkrieg und zügige Vorbereitung eines neuen Eroberungskrieges des deutschen Imperialismus.

Immer noch gab es keine stabile Mehrheit für dieses Programm innerhalb der Monopolbourgeoisie, aber der Nazi-Gruppierung stand nun auch keine stabile Mehrheit mehr gegenüber. Jene führenden Vertreter der Chemie- und Elektroindustrie, die über v. Papen eine Form der Zusammenarbeit mit den Nazis suchten, hatten offensichtlich trotz der nach wie vor bestehenden Konkurrenz im Kampf um den führenden politischen Einfluß einen großen Schritt in Richtung der Thyssen/Kirdorf/Schacht-Gruppe gemacht.

Die Reichstagswahl am 6. 11. 1932 ging für die Nazis eher ungünstig aus. Die NSDAP blieb zwar die mit Abstand stärkste Partei, doch verlor sie gegenüber der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 rund 2 Millionen Stimmen. Die Nazis hatten damit immer noch einen Stimmenanteil von 33,1 Prozent, SPD und KPD aber hatten nun zusammen wieder mehr Stimmen (37,26 Prozent) als die Faschisten. Sicher noch beunruhigender für die herrschenden Kreise dürfte gewesen sein, daß innerhalb der Arbeiterklasse die SPD in erheblichem Umfang Stimmen an die KPD verlor.

Die Wahlen signalisierten also, daß auf der einen Seite die Nazi-Bewegung wieder im Abflauen begriffen war, während sich auf der anderen Seite die Linksentwicklung in der Arbeiterklasse zugunsten der KPD beschleunigt fortsetzte. Infolgedessen drängte die Zeit. Die Karte Hitler mußte schnell gespielt werden, wenn sie noch stechen sollte.

Eine Gruppe von 17 Industriellen, Bankiers und Großagrariern sandte kurz nach der Wahl eine Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg, in der sie die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler forderte. Die Eingabe wurde von weiteren Industriellen unterstützt. Reichskanzler v. Papen hatte am Zustandekommen dieser Eingabe bereits mitgewirkt; denn die von ihm vertretenen imperialistischen Kreise waren zum Großteil schon an die Seite der Thyssen/Kirdorf/Schacht-Gruppe getreten.

Hindenburg aber berief den Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher zum Reichskanzler. Schleicher plante die Bildung eines Kabinetts, in dem auch Vertreter der Führung des Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes und Repräsentanten der NSDAP vom sogenannten Strasser-Flügel, der stärker als die NSDAP im allgemeinen eine auf die Arbeiterklasse ausgerichtete „sozialistische" Demagogie betrieb, mitarbeiten sollten. Im Mittelpunkt der Politik dieses Kabinetts sollte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen. Zunächst schien es so, als könne Schleicher den rechten Sozialdemokraten Noske (den berüchtigten „Bluthund"), den ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart bzw. einen anderen prominenten ADGB-Funktionär und Strasser von der NSDAP für sein Kabinett gewinnen. Hugenberg soll zugesagt haben, dem v. Schleicher-Kabinett als Wirtschaftsminister beizutreten.

Doch aus dieser breiten Basis des Kabinetts v. Schleicher wurde nichts. Strasser und andere prominente Nazi-Führer wagten schließlich doch nicht, an Thyssen und Hitler vorbei in die Regierung einzutreten. Hugenberg zog seine Zusage für den Eintritt ins Kabinett zurück. So konnte sich das Kabinett v. Schleicher nur auf die Reichswehrführung und eine relativ kleine Gruppe von Industriellen stützen. Unter diesen Industriellen waren zwar auch erste Adressen wie beispielsweise Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, doch war diese Industriellengruppierung nicht sehr einheitlich und ihr stand inzwischen eine übergroße Mehrheit innerhalb der Monopolbourgeoisie entgegen, die die Reichskanzlerschaft Hitlers forderte.

Die IG Farben AG, die noch im Juli 1932 jede Zahlung von Wahlgeldern an die NSDAP abgelehnt hatte, zahlte nun 100000 Reichsmark in die Kasse der Nazis. Carl von Siemens, eigentlich auch ein Widersacher der Thyssen/Kirdorf/Schacht-Gruppe hatte schon Monate zuvor erklärt, angesichts der bolschewistischen Gefahr sei Hitler das kleinere Übel.

Am 4. Januar 1933 traf Hitler mit v. Papen zusammen. Sie vereinbarten, gemeinsam auf den Sturz der Regierung v. Schleicher hinzuarbeiten, um dann ein Kabinett zu bilden mit Hitler als Reichskanzler und v. Papen als Vizekanzler.

Damit waren die Weichen für die faschistische Machtergreifung gestellt. Die verschiedenen Intrigen, die eingeleitet wurden, um v. Schleicher zu stürzen und Hindenburg zu bewegen, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, wollen wir uns sparen.

Unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler trat — mit Ausnahme einiger Einzelpersonen — die gesamte Monopolbourgeoisie hinter Hitler. Von einer antifaschistischen Gruppierung konnte überhaupt keine Rede sein. Monopolkapitalisten wie die IG-Farben-Bosse, die erst kurz vor der Machtergreifung mit der Unterstützung Hitlers begonnen hatten, oder wie Gustav Krupp, der Hitler vor der Machtergreifung direkt überhaupt nicht unterstützt hatte, stellten sich umgehend auf die neue Situation ein und gehörten bekanntlich zu den einflußreichsten und verbrecherischsten Drahtziehern der faschistischen Diktatur.

Fakten über
Tigray und die TPLF

Tigray ist die nördlichste Provinz Äthiopiens (nur Eritrea, das einst von der Regierung annektiert wurde, liegt noch nördlicher). Es umfaßt eine Fläche von rund 102000 Quadratkilometern, hat 5 Millionen Einwohner und ist nahezu ausschließlich Agrargebiet.

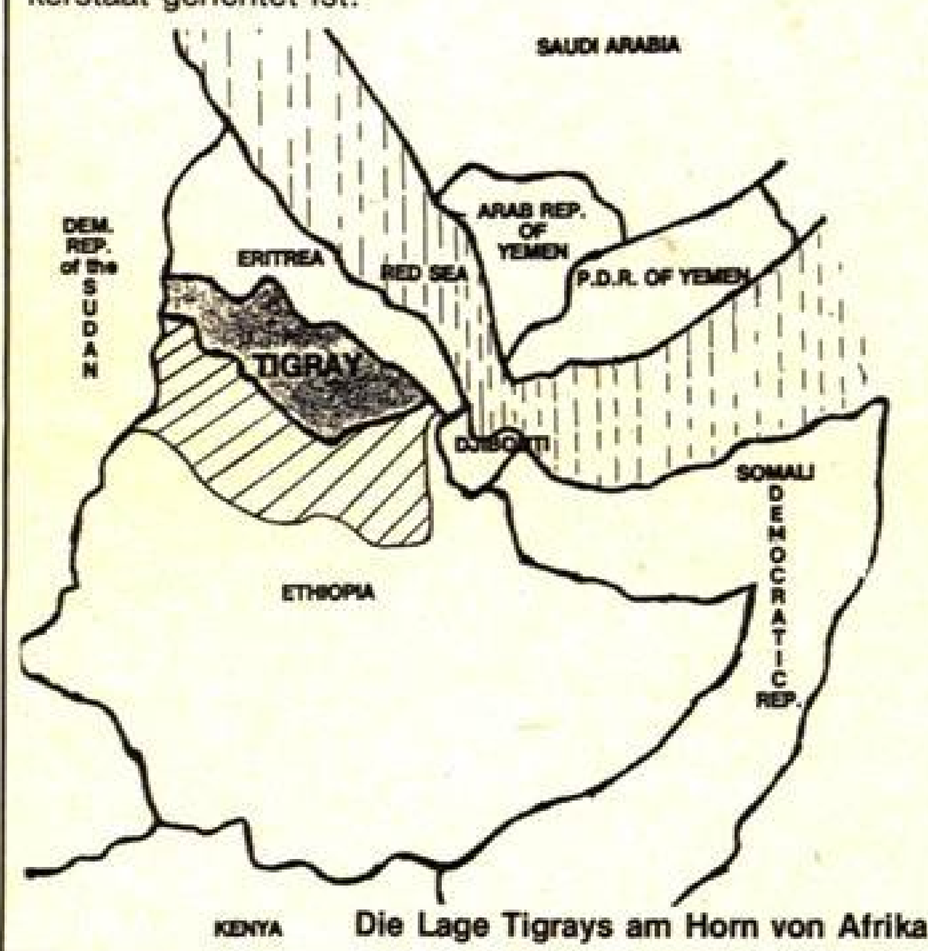
Tigray gehört zu den ärmsten Gebieten der Erde mit einem jährlichen Durchschnittseinkommen von 120 Dollar pro Kopf, einer Lebenserwartung von 40 Jahren (Kindersterblichkeit 24 Prozent).

Reiche Vorkommen an Eisenerz, Gold, Kupfer, Nickel, Mangan, Pottasche und Schwefel werden bisher nicht ausgebeutet.

Im Jahr 1975 wurde die TPLF (Volksbefreiungsfront von Tigray) gegründet, die heute 85 Prozent des Territoriums mit 90 Prozent der Bevölkerung kontrolliert, ihre Mitgliedschaft geht in die Hunderttausende. Die TPLF hat heute etwa 50000 Menschen unter Waffen. Im Jahr 1982 gab es die 6. Offensive der Zentralregierung gegen Tigray. Die Armee griff mit 45000 Mann und 200 Panzern an, wurde aber — erstmals in offener Feldschlacht — zurückgeschlagen.

Die TPLF, die in den befreiten Gebieten rund 60 gewählte Volksräte organisieren half, hat die besondere Unterstützung der Frauen, die mit dem Kampf der TPLF erstmals als handelnde Menschen die gesellschaftliche Bühne betraten. (30 Prozent der Bewaffneten sind Frauen).

Die Landreform in den befreiten Gebieten zerschlug die kleine Schicht von Großgrundbesitzern. Das Volk von Tigray, dem von der Regierung selbst der Gebrauch der eigenen Sprache untersagt wird, kämpft für die nationale Selbstbestimmung. Dabei richtet die TPLF den Kampf darauf aus, ein demokratisches multinationales Äthiopien zu erringen — betont aber, daß das Recht auf Selbstbestimmung nach Lenin auch beinhalten muß das Recht auf Sezession (Lostrennung) — das Tigray dann in Anspruch nehmen werde, wenn es keine entsprechende Veränderung in Äthiopien gibt. Die TPLF hat im letzten Jahr die Initiative ergriffen, und zur Bildung einer Gesamtäthiopischen Einheitsfront aufgerufen, die an andere nationale Befreiungsfronten im Vielvölkerstaat gerichtet ist.



Die Lage Tigrays am Horn von Afrika

Aus einem Gespräch mit Genossen der TPLF
„Der Hunger hat verschiedene Ursachen"

Anfang des Jahres trafen sich Genossen der KPD mit Vertretern der marxistisch-leninistischen Strömung innerhalb der TPLF (die darin die politische Führung innehaben) zu einem ausführlichen Gespräch. Unter den verschiedenen Themen, die dort besprochen wurden nahm natürlich auch die gegenwärtige Lage, der Hunger, einen breiten Raum ein. Über diesen Teil wollen wir hier berichten — andere Punkte des Gesprächs wie die Geschichte des Landes seit 1974 werden wir in kommenden Ausgaben behandeln.



Weibliche Kämpfer der TPLF

RM: Gibt es auch in Tigray Hungersnot?

TPLF: Ja, und zwar eine große. Wir haben in unserem Land drei Plagen, Schrecken unserer Menschen: Meningitis, Malaria und Hunger. Bei der Hungersnot vor zehn bis zwölf Jahren starben auch bei uns Zehntausende, bei der letzten Meningitisepedemie vor 74 starben 150000 Menschen. Damals kannte man bei uns keinerlei Medizin — außer den Säften der überlieferten Rituale, und die waren unwirksam — heute haben wir eine medizinische Versorgung geschaffen. Dadurch wurde die Zahl der Todesfälle bei der letzten Epedemie auf 3000 gesenkt — immer noch 3000 zuviel, aber für uns ein echter Fortschritt.

Was den Hunger betrifft: Es ist ja bekannt, daß wir zu einer Gegend gehören, in der die Trockenheit groß ist. Das alte Feudalsystem tat gar nichts dagegen. Wir haben das in einigen Gebieten verbessert, aber längst noch nicht in allen. Dieses Problem der Natur ist aber nur einer der Gründe für die heutige Hungersnot. Der andere ist, daß ein großer Teil unserer Ernteerträge von der Regierung verbrannt, bombadiert worden ist, sie führen keineswegs nur Krieg gegen die TPLF, sondern gegen die Bevölkerung. Sie haben zielgerichtet Getreidespeicher vernichtet. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen, das ist der zweite Grund für die gegenwärtige Hungersnot, nicht nur in Tigray, sondern auch in anderen sogenannten „Rebellionsgebieten".

RM: Wie steht ihr zur Hungerhilfe?

TPLF: Unser Volk, die Völker Äthiopiens hungern. Wer kann da gegen Hungerhilfe sein? Im Gegenteil, sie wird dringend gebraucht. Wir erhalten für unser Gebiet von verschiedenen Staaten Hungerhilfe. Wir nehmen diese Hilfe von jedem — es sei denn, er will Bedingungen daran knüpfen. Wir haben eine eigene Hilfsorganisation geschaffen, die dies organisiert. Wer Tigray Hungerhilfe geben will, sollte dies direkt tun, denn die Regierung fordert von uns freien Einmarsch nach Tigray, wenn sie uns Lebensmittel geben soll. Für Tigray gespendete Hilfe, die nach Addis Abeba geht, wird gesperrt. Für Eritrea gilt im übrigen das Gleiche. Außerdem sind, in internationalen Dokumenten bewiesen, Fälle bekannt geworden, in denen die Regierung ihre Soldaten und Beamten mit gespendeten Lebensmitteln bezahlt, wir haben selbst solche Lebensmittel bei der Eroberung von Armeestützpunkten in Tigray erbeutet.

RM: Wie steht ihr zur Finanzhilfe?

TPLF: Realistisch betrachtet nutzt die Regierung sie im wesentlichen dazu, ihren Krieg gegen Tigray und Eritrea zu führen, auch dazu, solche Völker wie die Oromos und Wollos weiter unter der Herrschaft der herrschenden Klasse, die nahezu ausschließlich aus Amharen besteht, zu halten, wir sind dagegen. Wäre diese Regierung wirklich sozialistisch, wie sie behauptet, hätte sie den Krieg schnell beenden können, indem sie Eritrea die auf der Berliner Kongo-Konferenz geraubte Unabhängigkeit wiedergab, die anderen Völker gleichberechtigte usw. Aber diese Regierung ist nicht sozialistisch. Das mußten nicht nur die anderen Völker erfahren, die in ihren traditionellen Gebieten in Äthiopien leben. Das mußte eigentlich dem letzten schon deutlich werden, als am 1. Mai 1977 das Feuer auf eine linke Mai-Demonstration eröffnet wurde und es 1500 Tote gab in Addis Abeba. Das wird auch deutlich, wenn man sieht, daß im Zentralkomitee der sogenannten Arbeiterpartei über zwei Drittel Generalstabsoffiziere sind. Aber dazu später mehr. Nochmals, zur Hilfe: Wir brauchen sie. In Tigray und Eritrea gibt es dafür eigene Hilfsorganisationen, da muß sie hin, wenn sie in diesen Regionen helfen soll.



Von der Befreiungsfront organisierte Studienkurse im befreiten Gebiet

Schlagzeilen machte um die Jahreswende die „Operation Moses" — eine Luftbrücke, die tausende äthiopische Juden über Europa nach Israel brachte. Über Hintergründe der Aktion und die Beweggründe der israelischen Zionisten informiert ein Artikel der Informationsstelle Palästina, den wir im folgenden wiedergeben.

Operation „Moses"

Tausende äthiopischer Juden sind nach Israel geflogen worden. In ihre Heimat? Sie sind Äthiopier, Afrikaner, Schwarze. Als Juden wurden sie — zumindest in Israel — erst vor zehn Jahren anerkannt. Warum? Hat man sie vorher nicht gebraucht in Israel? Und wenn Israel Menschen vor dem Verhungern retten wollte, warum dann nur diese? Warum zahlt Israel mit Waffen für den Einkauf von Menschen? Ein Staat, der im Libanon Tausende von Zivilpersonen tötet, der sich eine Mitverantwortung für das Massaker in Sabra und Shatila nachsagen lassen muß, mit dem Image des Lebensretters?

Was da in den Medien so vieler Länder als erfolgreiche, geheime, generalstabsmäßige, aber humanitäre Aktion verkauft wird, läßt in der Tat viele Fragen offen. Eine dieser prinzipiellen Fragen ist die nach den Auswirkungen dieser Operation und die — das liegt in der Natur des Konflikts — betrifft die Palästinenser. Israel weigert sich, selbst dem toten Fahd Kawasmeh die Rückkehr in seine Heimatstadt Hebron zu gestatten, aus der dieser erst vor vier Jahren von diesem „humanitären" Israel vertrieben worden ist. Die israelische Besatzungsmacht nimmt den Palästinensern Land, Wasser, Existenz, Heimat ... Um das Land an Menschen zu geben, die mit diesem Land nichts, aber auch gar nichts verbindet, außer dem Ursprung einer vermeintlich oder tatsächlich identischen Religion. Nach zionistischer Logik haben die Palästinenser auf ihr Land, in dem sie seit Jahrhunderten leben, weniger Recht als Juden aus Äthiopien, den USA, der Sowjetunion ...

Die zionistische Kolonisierung Palästinas braucht Menschen, Geld und eine ideologische Verbrämung. Die Hungersnot in Äthiopien kam da gerade recht. Den schon 1981/82 begonnenen Vorbereitungen für die Einwanderung der äthiopischen Juden nach Israel konnte so der humanitäre Mantel der Rettung vor dem Hungertod umgehängt werden. Spenden aus der jüdischen Diaspora flossen reichlich. Die Operation soll laut Premier Peres weitergehen, läßt sich doch mit ihr nicht nur viel Geld, sondern auch ein besseres Image gewinnen.

Welche außenpolitischen Interessen Israel mit Geld- und Waffenlieferungen an Sudan und Äthiopien am Horn von Afrika auch immer verfolgen mag, es gibt gewichtige innenpolitische Beweggründe für die arg verspätete „Heimführung" — bis zum Jahre 1975 waren schwarze Juden in Israel nicht „zugelassen" — der äthiopischen Juden.

In den letzten Jahren übertraf die Zahl der Auswanderer aus Israel kontinuierlich und in nicht unerheblichem Umfang die Zahl der Neueinwanderer. Die wirtschaftliche Misere und die gesellschaftlich-politischen Konflikte in Israel nach dem Libanon-Krieg, die bis in die Armee hineinwirkten, dürften die schwerwiegendsten Gründe für diese Entwicklung sein. Die Folge war, daß zahlreiche israelische Siedlungsneubauten in den besetzten Gebieten leerstanden, das forcierte Siedlungsprogramm mangels Menschen an eine natürliche Grenze zu stoßen drohte.

Jene Menschen, die nicht lesen und schreiben können und vom Palästinakonflikt nie gehört haben, die ihre „Rettung" dem Staat Israel verdanken, sind der israelischen Regierung für ihr Siedlungs- und Expansionsprogramm zweifellos herzlich willkommen. Ihren Wehrdienst jedenfalls leisten sie ab, zumal wenn sie sich noch kaum an Elektrizität, Autos, Kühlschränke oder andere Segnungen der Zivilisation gewöhnt haben. Zuverlässigen Informationen zufolge befinden sich bereits 1000 äthiopische Juden in militärischen Ausbildungslagern im Südlibanon.

Es ist in diesem Zusammenhang wohl kein Zufall, daß die israelische Regierung den Bau von 12 neuen Siedlungen bei Mutalla in Galiläa vorbereitet. Und daß sich ein Ring von 20 Siedlungen um den Hort des palästinensischen Widerstandes in der besetzten Westbank, die Stadt Nablus, legen soll.

30000 israelische Siedler kontrollieren bereits heute 60 Prozent des Bodens und verbrauchen 70 Prozent der Wasserreserven. Wenn in der besetzten Westbank nun weitere 20000 Siedler hinzukommen, wieviel Land und wieviel Wsser werden die Palästinenser dann noch hergeben müssen? Daß die schwarzen äthiopischen Juden nicht in israelische Städte, sondern in den neuen Siedlungen angesiedelt werden, steht außer Frage. Ihre Hautfarbe war zahlreichen israelischen Bürgermeistern schon Anlaß genug, ihre Aufnahme bzw. Integration abzulehnen. Und der Vorsitzende des parlamentarischen Einwanderungsausschusses meinte, daß das „Erkennungszeichen" (die Hautfarbe) der äthiopischen Juden, Anlaß zu „Vorbehalten" bei vielen Israelis biete.

Zweifellos ist der israelischen Regierung die Ablenkung von den schweren wirtschaftlichen und politisch-militärischen Problemen willkommen, die mit dieser spektakulären Operation erreicht wurde. Auch setzt die Einwanderung von 20 bis 30000 äthiopischen Juden zur massiven Auswanderung der letzten beiden Jahre (rund 60000 Israelis verließen das Land) ein Gegengewicht. Zudem fließen neue Geldmengen aus der jüdischen Diaspora in die arg gebeutelten israelischen Staatskassen. Offensichtlich indes ist damit auch, daß es der „Jewish Agency" nur noch gelingt, Unwissende, Verzweifelte, ja Verhungernde zur Immigration nach Israel zu bewegen. In Israel — davor warnen nicht nur kritische, sondern auch regierungsnahe Stimmen — werden die äthiopischen Juden die „underdogs" der jüdischen Gesellschaft sein.

Zweifellos hatten und haben die äthiopischen Juden wie alle hungernden Äthiopier Anspruch und Recht auf Hilfe. Doch statt einer sowohl eigen- und propagandasüchtigen als auch teuren und aufwendigen Luftbrücke hätten direkte Leistungen den Menschen Überleben, den Verbleib in ihrer Heimat, in ihrer Tradition und Gesellschaft garantieren können.

Die langgehegte Absicht der israelischen Regierung war jedoch das Gegenteil: diese Menschen als Neu-Einwanderer nach Israel zu holen. Und die israelische Regierung schreckt nicht davor zurück, die Not und das Elend dieser Menschen auszubeuten, um sie als Instrumente ihrer völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik und territorialen Expansion einzusetzen. All dies ist weder Politikern — auch im Sudan und in Äthiopien — noch Journalisten unbekannt. Die Zeche zahlt das palästinensische Volk im besetzten Palästina — den Preis für das politische und journalistische (Ver-) Schweigen inbegriffen.

Eine Militärdiktatur weniger

Tancredo Neves (PMDB) neuer Präsident

Brasilien steht vor vielen Problemen

Bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien siegte in der vergangenen Woche der Kandidat der PMDB (Partei der Bewegung für ein demokratisches Brasilien) Tancredo Neves mit großer Mehrheit. Der Wunschkandidat der abgehalfterten Militärs, Paulo Maluf, mußte eine schwere Niederlage einstecken.

Nach 21 Jahren Militärdiktatur hat Brasilien damit wieder einen rechtmäßig gewählten zivilen Präsidenten.

Die langanhaltende, tiefgehende Krise in Brasilien hat die Militärs zum Abdanken gezwungen. Zwar gelang es ihnen im vergangenen Jahr noch mit starkem Druck und illegalen Methoden die Bewegung für die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk abzuwehren, aber auch über die Wahlmännerentscheidung konnten sie den Mann ihres Vertrauens nicht durchsetzen. Der Kandidat der PMDB wird den General Figueiredo am 15. März ablösen.

Die PMDB ist eine große demokratische Partei die von vielen, auch linken Organisationen unterstützt wird. Dazu gehört ganz wesentlich auch die Kommunistische Partei Brasiliens (PCdoB), die mit zahlreichen Kandidaten auf deren Listen bei verschiedenen Wahlen vertreten ist. Das große Bündnis der Linken und demokratischen Kräfte über die PMDB hinaus, die „Allianzia Democracia" (AD) ist mit folgenden wichtigen Programmpunkten in die Präsidentschaftswahlen gegangen:

- Aufhebung aller repressiven Gesetze, vor allem das der „Nationalen Sicherheit", das das Streikrecht und die Autonomie der Gewerkschaften einschränkt;
- Einführung der Direktwahlen für das Bundespräsidentenamt (in Brasilien ist der Präsident zugleich Regierungschef);
- Einberufung einer Konstituierenden Versammlung zur Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung;
- Kampf der Inflation (z.Z. 214 Prozent jährlich);
- Umschuldung der Auslandsschuld unter verbesserten Bedingungen;
- Steuerreform zum Zwecke des sozialen Ausgleichs;
- Abbau oder Privatisierung der unrentablen staatlichen Unternehmen;
- Dringlichkeitsmaßnahmen gegen Hunger und Arbeitslosigkeit;
- Änderung der bisherigen Lohnpolitik, die die Kaufkraft der Werktätigen und staatlichen Angestellten mittels gestaffelt verminderter Anpassung an die Teuerungsrate reduzierte (das käme in erster Linie der Mittelklasse zugute);
- Agrarreform im Rahmen des bestehenden, aber bisher nicht angewandten „Status für den Landbesitz";
- Priorität der Staatskredite für Ernährung, Gesundheit, Wohnbau und Unterrichtswesen.



Tancredo Neves

Kein leichtes Programm, daß sich die Kräfte hinter dem neuen Präsidenten da vorgenommen haben. Denn zum einen haben die Militärs nach ihrer zwanzigjährigen Herrschaft viele Probleme hinterlassen, zum anderen sind sie natürlich nicht völlig aus der politischen Landschaft weg, mit ihrer Macht ist weiterhin zu rechnen. Diese Macht zu beschneiden, ist bestimmt eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten. Denn schon berichtet man von der Angst der Militärs vor dem „Alfonsinismus", einer Politik wie in Argentinien, wo nach und nach die ganzen Verbrechen der Militärs aufgedeckt werden, die Generäle zur Rechenschaft gezogen werden. Das aber ist genau die Politik, die es den Militärs unmöglich macht, wieder als „Retter" auf den Plan zu treten.

Brasilien steht vor großen Problemen. Der Durchschnittslohn beträgt 150 DM, mindestens 10 Millionen Menschen sind arbeitslos, jährlich kommen rund 1,3 Millionen dazu. Sechs Millionen Wohnungen fehlen, Millionen sind obdachlos oder leben in erbärmlichen Hütten. Alle 20 Minuten stirbt ein Kind am Hunger im Land. 47 Prozent der Gemusterten werden wegen Unterernährung für wehrdienstuntauglich erklärt. 26 Millionen Brasilianer nehmen täglich unter 200 Kalorien zu sich, weitere 40 Millionen weniger als 400. Der Bischof von Fortaleza sagte für die nächsten fünf Jahre den Hungertod von 10 Millionen Menschen in den Krisengebieten im Nordosten des Landes vorraus. Die Militärs haben in den Zeiten ihrer Herrschaft seit dem Militärputsch von 1964 diese Probleme nicht lösen können — sie haben sie erst so gewaltig anschwellen lassen. Der neue Präsident allein wird all das auch nicht ändern können. Das brasilianische Volk, das im vergangenen Jahr mit großen, breiten Massenaktionen den Rückzug der Militärs erzwang, wird weiterkämpfen müssen.

Zum 23. Januar, dem „Tag für Afrika"

Hilfe tut not

Täglich verhungern 40 000 Kinder

Fortsetzung von Seite 1

Ohne die sich in großem Spendenaufkommen um die Jahreswende ausdrückende Hilfsbereitschaft der Bevölkerung für die Hungernden und Verhungernden wäre diese Aktion sicher nicht durchgeführt worden. Darum ist es auch müßig, lediglich über die Beweggründe der Banken etwa zu spekulieren, die ihre gebührenfreien Hilfskonten als Werbemaßnahme abbuchen können, aber auch ihre Verwicklung in die internationalen imperialistischen Geschäfte vertuschen wollen. Sicherlich ist viel Kritisches anzumerken, vom Monopolanspruch der großen Hilfsorganisationen, allen voran das DRK (Deutsches Rotes Kreuz), bis hin zu den unterschiedlichen Arten der Hilfen, die in Afrika geleistet werden, die teilweise die Probleme eher vergrößern. Wenn aber deutsche Banken, Konzerne, die Medien und Regierungsvertreter sich dem verbreiteten Wunsch der Bevölkerung stellen müssen, **konkrete, sofortige Hilfen** zu organisieren, um den Hunger zu stoppen, so ist das für die Herrschenden auch eine Niederlage. Denn all ihr Gerede von den großen Summen für Entwicklungshilfe und Hungerhilfe, von ihrem Bemühen, den Armen zu helfen, ist offenbar nicht angekommen, wird nicht akzeptiert. Die Menschen in diesem Lande sehen die Notwendigkeit selbst in die Taschen zu greifen, um die große Not der Hungernden zu lindern. Und hierin liegt auch eine Chance der ganzen Aktion. Daß nämlich über diesen „Tag für Afrika" hinaus das Thema Welthunger — und wie beseitigt man ihn, aktuell bleibt, über die Zeit des millionenfachen Sterbens in diesen Monaten in Afrika hinaus. Die Fragen nach dem Warum und Woher, nach Lösungsmöglichkeiten für diese Probleme können dann nicht mehr allein mit Beschönigungen aus dem Entwicklungshilfe-Ministerium aus der Welt geschaffen werden.

Nicht zuletzt zeigt die Bewegung für die Hungernden in Afrika — der vielfache Wille der Menschen zu spenden — daß es einfach nicht ausreicht, dem Elend in der Dritten Welt allein mit Systemkritik zu begegnen, wie es große Teile der Linken tun. Sicher, der Imperialismus weltweit ist verantwortlich für die katastrophale Lage in vielen Ländern, das Maß der Verantwortung des westdeutschen Imperialismus, ja sogar einiger einzelner Konzerne oder Monopole läßt sich nachweisen. Auch die Strukturen der Herrschaft vieler sogenannter „unterentwickelter Länder" — sowohl in der Abhängigkeit zum Imperialismus als auch in ihrer ausbeuterischen Politik nach innen, trägt zu den Problemen bei. All das nachzuweisen, zu erklären, ist wichtig. Dennoch darf man konkrete Not, den akuten Hunger nicht vergessen, ignorieren und die, die einfach und schnell helfen wollen, nicht zu Einfaltspinseln erklären, oder sie gar herabsetzen, in dem man ihren Willen zu helfen als „Gewissensberuhigung per Spende" abtut. Genauso abwegig ist es, den ganzen „Tag für Afrika" als Betrugsmanöver darzustellen. („*Wirkliche* Hilfe wollen die Imperialisten nicht leisten. Der „Tag für Afrika" soll das verschleiern." So die „Rote Fahne" der MLPD vom 19.1.85) Es kann auf die Hunderttausende Menschen in diesem Land, die etwas für die Hungernden tun wollen, doch nur zynisch wirken, ihre Spendenbereitschaft als Unterstützung für ein Betrugsmanöver der Imperialisten zu kennzeichnen. **Wer angesichts der erschütternden Bilder aus den Hungergebieten Afrikas, angesichts der Reportagen aus den Lagern und Verteilungsstellen, wo die Menschen völlig ausgemergelt auf Rettung hoffen, dem spontan entstehenden Mitleid und Willen, selbst mitzuhelfen, das ungeheure Sterben zu beenden, ausschließlich die Perspektive des weltweiten Sturzes des Imperialismus und des Aufbaus des Sozialismus auch in der „Dritten Welt" entgegenhält, wird bestenfalls als kühler, herzloser Theoretiker Anerkennung finden. Wenn überhaupt.** Natürlich ist der „Tag für Afrika" nicht das „Nonplusultra" notwendiger Massensolidarität mit den Völkern der Länder, in denen Hunger herrscht. Wenn wir uns auch nicht in den großen Streit um die beste Art der Hilfe für diese Länder einmischen wollen, wie er unter den Hilfsorganisationen geführt wird, so wollen wir doch auf eine Tatsache ausdrücklich hinweisen. Es gibt zwar Kritik an reinen Lebensmittelsendungen in die Hungergebiete, die nachgewiesenermaßen die Ursachen des Hungers nicht beseitigen können, dennoch ist es ein himmelschreiender Widerspruch, daß Gelder für Lebensmittel gesammelt werden und die Kühlräume und Lager der Europäischen Gemeinschaft nicht nur überquellen, sondern auch noch horrende Summen für Lebensmittelvernichtung ausgegeben werden.

Einige Fakten dazu: *„Die EG-Staaten leisten sich im Jahr zwar 1,5 Milliarden Mark Nahrungsmittelhilfe für die Dritte Welt, geben aber 30 Milliarden Mark für die Subventionierung, Lagerung, Veredelung oder Vernichtung überschüssiger Obsthalden, Getreideberge, Milchseen aus. Die Beseitigung von 800 000 Tonnen Zitrusfrüchten und 360 000 Tonnen Äpfeln, die in den nächsten Monaten „aus dem Markt genommen werden sollen" (EG-Jargon), kostet rund 550 Millionen Mark. Mit diesem Geld, moniert die Bonner Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, „könnte allein in Afrika ein Jahr lang die Überlebensration für eine Million Menschen finanziert werden."* (Nach: Spiegel 4/85). **Und mit dem, was in EG-Kühl- und Lagerhäusern gespeichert wird, könnte auch hunderttausendfacher Tod heute und morgen verhindert werden. Das Augenmerk auf diese Tatsache zu richten, ist auch eine Aufgabe in diesen Tagen, da der Hungertod in Afrika so breit diskutiert wird.**

Spendet

Die *„Gemeinschaftsaktion Afrika"*, der Zusammenschluß von 14 der kleineren Hilfsorganisationen, die viel mehr tun als nur Lebensmittelhilfen zu geben, hat ein Gemeinschaftskonto eingerichtet.

Gemeinschaftsaktion Afrika, Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück, Konto-Nr.: 123

Der Aktion gehören an: Deutsches Aussätzigen Hilfswerk, terres des hommes, Komitee-Notärzte, UNICEF, Menschen für Menschen, Hermann-Gmeiner-Fonds, EIRENE, AMREF, Arbeiterwohlfahrt, Care, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Weltfriedensdienst, Eritrea Hilfswerk, medico international.

Stichworte zu Hungersnöten

Einen ausgezeichneten und ausführlichen, engagierten und faktenreichen Beitrag zur Diskussion über die Hungerkatastrophen findet sich in der Dezemberausgabe der Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall **„Der Gewerkschafter"**. In verschiedenen Artikeln wird der Hunger in der Welt als Schwerpunktthema behandelt. Es bleibt zu hoffen, daß diese Artikel nicht nur unter IGM-Funktionären Verbreitung finden, sondern möglichst weit bekannt werden. Aus dieser Arbeit stammen auch die folgenden Stichworte.

- Das Bevölkerungswachstum macht die Hungerprobleme größer — eine Ursache des Hungers ist es jedoch nicht. Mit der weltweiten Nahrungsmittelproduktion könnte heute die doppelte Anzahl Menschen ausreichend ernährt werden.
- Naturkatastrophen sind in ihren Auswirkungen zu mildern. Vielfach hat es sich der Mensch selbst zuzuschreiben, wenn durch Raubbau an den Wäldern und einseitigen Profitanbau der Boden erodiert: Regenfälle werden da zur Flut, eine Dürrezeit zur Dürrekatastrophe.
- Der Anbau von Nahrungsmitteln für den Export nimmt ständig zu. Großgrundbesitzer und Agro-Konzerne sehen da die besten Profite. Der Anbau von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung geht dadurch zurück. Man wird von Einfuhren abhängig und damit von schwankenden Weltmarktpreisen. Exportkulturen sind Monokulturen, deren Bewirtschaftung mit Düngern und Pflanzenschutzgiften eine ökologische Katastrophe heraufbeschwört.
- Die ungleiche Landverteilung des Landbesitzes vor allem in Lateinamerika und Asien ist eine Keimzelle des Hungers. Großgrundbesitzer nutzen das Land schlechter als Kleinbauern, die von ihrem Land verdrängt wurden. Riesige Flächen liegen brach. Auf den anderen gedeihen Produkte für den Export. Von den Einnahmen dafür profitiert nicht die Landbevölkerung, sondern die Städter.
- Weiterhin wird die Landbevölkerung unterdrückt: politisch und wirtschaftlich. Gegen Hungerlöhne in den Plantagen der Großgrundbesitzer oder dem Tagebau der ausländischen Konzerne können sie sich nicht wehren. Aufstände wurden oft mit Waffen niedergeschlagen. Geld, ihre eigene kleine Landwirtschaft voranzubringen und damit die Eigenversorgung des Landes zu verbessern, haben sie nicht.
- Nahrungsmittelhilfen sind nicht immer Hilfen. Langfristig und nicht nur zur Abwendung akuter Hungersnöte gewährt, machen sie die Länder von den Spendern abhängig. Die Preise für lokale Lebensmittel sinken, der Anreiz für Bauern Reis, Hirse und Mais anzubauen wird geringer. Der Selbstversorgungsgrad nimmt ab. Das programmiert die nächste Hungerkatastrophe.
- Knapp die Hälfte der Futtermittelimporte der Bundesrepublik kommt aus der dritten Welt. Durch diese Exporte werden größere Lücken in das Nahrungsangebot der Entwicklungsländer gerissen als durch Nahrungshilfe wieder gestopft werden können. Sogar aus Hungerländern wie Indien, Sudan, Burgina Faso und Senegal schicken die Armen unserem Vieh das Futter.

Benefiz-Platten für Äthiopien

Keine Probleme hat der Linke, wenn er ein Anti-Bild-Buch von Wallraff kauft, von dem einige Mark an den Anti-Bild-Rechtshilfefonds gehen, wenn Platten von „Künstler für den Frieden" zur Finanzierung der Konzerte beitragen. Warum nicht auch eine Platte kaufen, die der Hungerhilfe für Äthiopien zugute kommt? In England hatte eine Platte für die Hungerhilfe („Do they know it's Christmas"-Phonogramm) in kurzer Zeit 21 Millionen Mark direkter Hilfe gebracht. In der Bundesrepublik gibt es zwei Platten für den gleichen Zweck: **„Band für Afrika — Nackt im Wind"** heißt eine Platte der CBS, auf der unter anderem mitwirken: Alphaville, Udo Lindenberg, Herbert Grönemeyer, Ulla Meinike, BAP, Klaus Lage, Spliff, Wolf Maahn, Peter Maffay, Nena, Extrabreit, Trio, Marius Müller-Westernhagen, Georg Krantz, Ina Deter, Geier-Sturzflug, Spider Murphy Gang, Rheingold, Rodgau Monotons, Juliane Werding, Hans Hartz, Gitte, Münchner Freiheit.

Eine zweite Scheibe von Hansa und der Titel **„Mother and child reunion"** wurde von Frank Farian produziert. Mit: Angelo Branduardi, Barcley James Harvest, Trio, Bony M.R.A.F.F., Scool Rebels u.a.

Kommentar



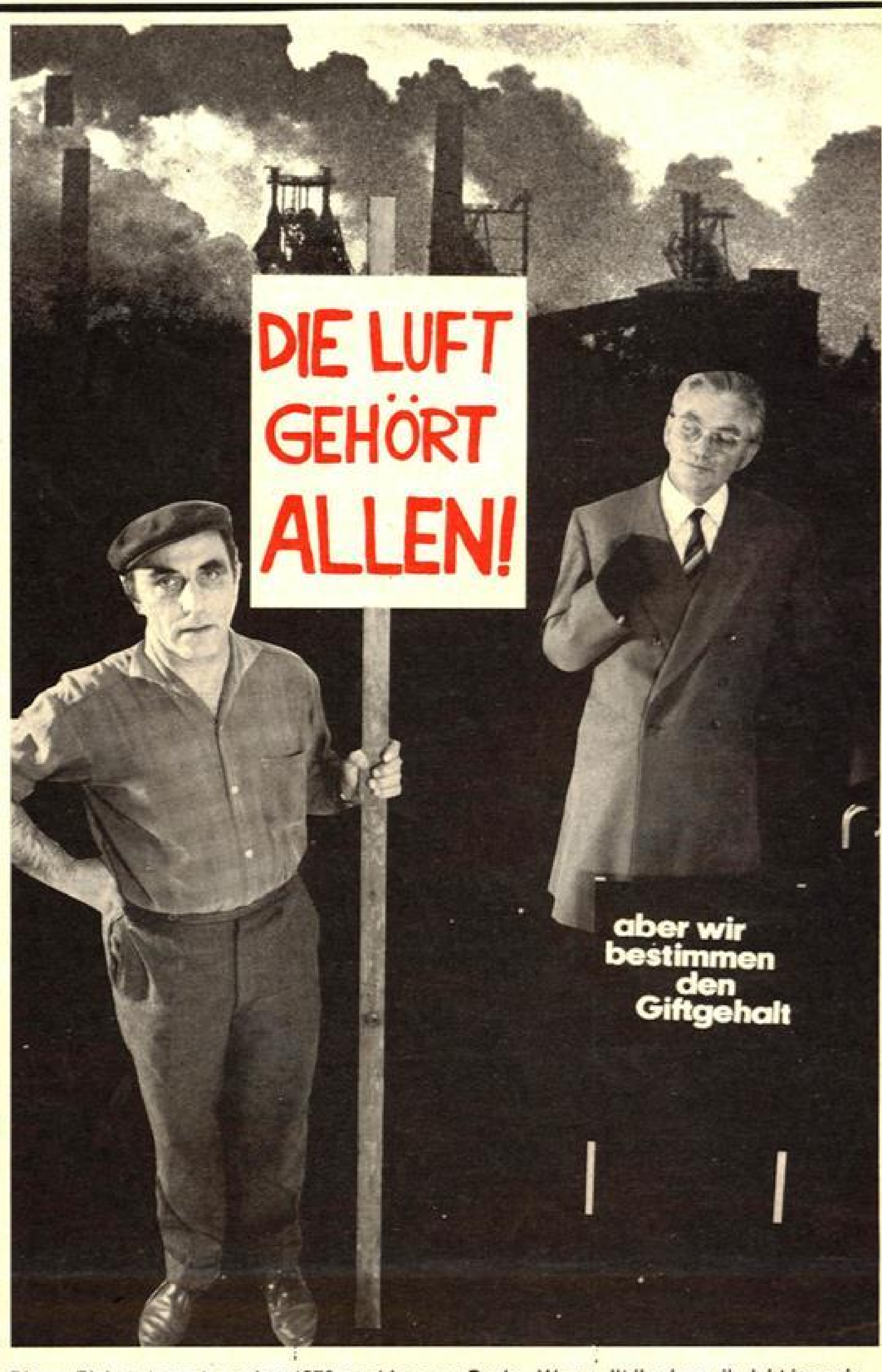
Seit Mittwoch, als es zu stinken begann, habe ich mich vorbildlich verhalten. Das Auto stand still bis Montagmorgen. Einsichtig habe ich die Busse und Bahnen des VRR (Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr) benutzt, die mir sonst zu umständlich und vor allem zu teuer sind. Während eines „Alarmtages" können wenige notwendige Fahrten schon mal leicht mehr als 10 Mark pro Tag kosten. Als die Stufe II ausgerufen wurde, „zogen" die Maßnahmen endlich, die stark belasteten Innenstädte waren frei, wer in den Außenbezirken noch Auto fuhr, wurde zumindest scheel angesehen. Der Kinobesuch am Freitag abend fiel aus, zum Eintritt noch zweimal 3 Mark Fahrgeld vom Vorort in die City und zurück, das war zuviel. Die Alarmzeit wurde nämlich teuer. Aber — wie gesagt, man sah das alles ja ein. Und verteidigte die Maßnahmen von Friedhelm (Farthmann, NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales). Verteidigte alles gegen die letzten Ignoranten, die moserten — gegen die Bayern, von wo aus sich der Tandler frech einmischte und meinte, in NRW hätte man früher schon auf Kernenergie setzen sollen. Und man verteidigte alle Alarmstufen gegen die „Rückständigen" Regionen und Städte, wo es zwar auch stank und ungesund war, wo aber nichts geschah. War es da nicht folgerichtig gedacht, als die KPD-Genossen in Dortmund in einem Flugblatt am Freitag forderten: „Wegfall der Alarmstufe I, sofort Anordnung der Alarmstufe II bei den für Stufe I festgelegten Werten, überall da, wo sie gemessen werden"?

Hier bei uns im Revier da passierte etwas, da wurde gehandelt. Von uns allen. Wie und was getan werden mußte, erfuhren wir in stündlichen Sondersendungen nach den allgemeinen Nachrichten. „Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW gibt bekannt..." Dann erfuhrst Du, ob Du morgen früh mit dem Auto fahren durftest, ob die Sperrungen rund um die Uhr oder nur am Morgen und Nachmittag galten. Die Eltern bekamen abends mitgeteilt, ob in ihrer Stadt am nächsten Tag Schulunterricht stattfindet und wenn ja, ab welcher Stunde nach dem Berufsverkehr. Im großen und ganzen, so die Presseberichte von Montag, sind alle Maßnahmen von der Bevölkerung getragen worden. Diszipliniert, wie es sich in Deutschland gehört — lediglich einige Autofahrer in den Sperrbezirken wurden von erregten Fußgängern mit Fäusten bedroht — eine verständliche Reaktion, wenn es um unser aller Gesundheit geht. Oder?

Rückschauend wird mir mulmig, bei der Betrachtung der vergangenen Smog-Tage im Revier. Bei der unbestritten notwendigen Verteidigung von Maßnahmen gegen die Kritiker aus der Industrie und von ganz rechts (was auch einige SPD-Politiker betrifft, die ums Ruhr-Image besorgt sind) wird man zum Träger einer staatlichen Bevormundungspolitik von gigantischen Ausmaßen. Die ernste und ja wirklich berechtigte Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung ließ viele von uns, auch Linke, eigentlich entschiedene Kritiker des staatlichen Gewaltmonopols, zu Objekten des Krisenmanagements der Düsseldorfer Regierung werden. Bei voller Einsicht in all die Maßnahmen der Alarmpläne, war man eher geneigt, noch mehr zu fordern, war im Prinzip dafür, solche Zustände jederzeit ausrufen zu lassen.

Die konkrete Kenntnis des Gesundheitszustandes vieler Kinder, der Schwierigkeiten, die alte Leute hier des öfteren haben vielen in diesen Smog-Tagen nicht nur die Luft genommen, sondern auch ein bißchen den klaren Blick. Denn ist es nicht die gleiche Landesregierung, das gleiche Ministerium, das verantwortlich dafür ist, daß die Industrie, die großen Kraftwerksbetreiber bis heute keine ausreichenden Filter einbauen müssen? Filteranlagen, die nicht nur bei den sogenannten Inversionswetterlagen die Smog-Bildung verhindern, sondern auch tausende Arbeitsplätze schaffen würden. Geht es nur mit staatlichen Alarmplänen? Könnte — trotz der Affenliebe des Bürgers zu seinem Auto — nicht bei schlechten Luftverhältnissen einfach der öffentliche Nahverkehr für die Zeit auf Nulltarif umgeschaltet werden, oder ein billiges „Smog-Ticket" eingeführt werden, daß die öffentlichen Verkehrsmittel dann zu einer echten Alternative macht und dem Bürger nicht noch ein Opfer abverlangt? Die massive Kritik von rechts an der NRW-Smogverordnung darf uns nicht zu Verteidigern des Krisenmanagements der Regierung, zu Förderern einer Stimmung machen, die in Not und Katastrophenfällen sagt: „Die da oben haben alles fest im Griff". Gut gefallen haben mir die Skrupel des taz-Kommentators Jakob Sonnenschein, der, nachdem er lang und breit die Kritik an der Smog-Verordnung zurückweist, ein Bekenntnis zu Farthmann formuliert, aber gleichzeitig auch feststellt, daß er damit die staatlichen Maßnahmen kritiklos bejubelt. „Was stimmt da nicht?", fragt er am Schluß. Ja, was stimmt da nicht?

m. b.



Dieses Plakat stammt aus dem 1973 erschienenen Buch: „Was wollt ihr denn, ihr lebt ja noch — Chronik einer Industrieansiedlung" von Günter Wallraff und Jens Hagen. Dieses Buch schildert in einem Lehrstück mit Originalaussagen, Dokumenten, Songs und Grafiken den Kampf einer Bürgerinitiative im Ruhrgebiet gegen die Ansiedlung eines Großkraftwerks. (Rowohlt Verlag, das neue buch, dnb 37 8,— DM)

Smog-Alarm im Ruhrgebiet

Neue Werte, Klagen, Notstandsübung?

Fortsetzung von Seite 1

2. Stadtverwaltungen protestieren.

Widerstand erntete der Alarm auch von verschiedenen Stadtverwaltungen im Ruhrgebiet. Tenor: Das ganze sei ausgesprochen übertrieben, nach den neuen Werten habe es in Dortmund 1984 eigentlich sechsmal Smog-Alarm geben müssen, das sei unmöglich.

Außerdem schädige der Alarm das „Ansehen des Ruhrgebiets" erneut, die ganzen schönen Werbeprospekte könne man nun wieder wegwerfen. Das — beispielsweise — die Argumentation eines Rechtsaußen in der Dortmunder Stadtratsfraktion der SPD, Erich Rüttel.

Diese beiden Argumentationslinien sind die Kritik am Smog-Alarm von der Seite der Geschäftemacher: Die Interessen der Stahlindustrie und der Ruhrkohle AG, der Stromkonzerne, der Ansiedlungswerbung und Touristik sprechen lautstark aus diesen Äußerungen. Für sie ist jeder Umweltschutz von Übel, der ihre Profitmöglichkeiten einengt statt ausweitet (wie beispielsweise der Katalysator — siehe Seite 2), dessen Kosten sich nicht auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen lassen usw.

Nebenbei bemerkt: Dabei wird immer so getan, als gäbe es überall dort, wo es keine Smog-Verordnung gibt, auch keinen Smog. Was man in München oder Stuttgart bestimmt anders sehen wird. Wenn man nicht gerade Späth oder Stoiber heißt.

3. Was für Maßnahmen?

Betrachtet man sich genauer, was dieser Smog-Alarm denn nun eigentlich bedeutet, so taucht zuerst die Frage der konkreten Maßnahmen auf. Die Stufe I wurde, im Nachhinein allerdings, als „Vorwarnstufe" bezeichnet und mehr ist sie auch nicht. Keine Maßnahmen, nur Appelle sind hiermit gemeint.

Die Stufe II, die am längsten und breitesten angewandte, richtet sich ausschließlich gegen das Autofahren. Bestimmte Bezirke der jeweiligen Innenstädte werden für einige Stunden morgens und abends gesperrt. Betriebe mit besonderen Emissionen sind „gehalten", schadstoffarme Brennstoffe zu benutzen (sonst nicht), mehr auch nicht. Das wird im übrigen ausschließlich telefonisch kontrolliert — also gar nicht. Wobei aus verschiedenen Betrieben berichtet wurde, daß dort schon mal einer als Posten vors Tor gestellt wrude, damit, falls jemand anrücken sollte, bestimmte Produktionsgänge schnell gestoppt werden können.

Erst in der Stufe III sind bestimmte Produktionseinschränkungen bis hin zu Stillegungen vorgesehen — die weitestgehende Maßnahme aber ist ein Fahrverbot rund um die Uhr in den betreffenden Sperrbezirken.

Zum Tragen kamen also fast ausschließlich Fahrverbote in den Innenstädten. Dabei fällt bereits auf, daß in Dortmund ein bekanntermaßen so belasteter Stadtbezirk wie Hörde gar nichts mit den gesamten Maßnahmen zu tun hatte. Dies führt zur nächsten Tatsache, daß alle Bereiche, in denen Produktionsanlagen der Hoesch AG sind (mit Ausnahme von Teilen der Westfalenhütte) nicht in den Sperrbezirken sind. Ebensowenig übrigens die Dortmunder Anlagen der Ruhrkohle AG. Ein Sprecher der Kokereien sagte denn auch im Fernsehen frechweg, sie würden mit den wenigsten Emissionen arbeiten, wenn die Produktion ungehindert weitergehe...

4. Streit um Werte oder um den Weg?

Der Streit um die „neuen Werte", die eben einen Alarm wesentlich früher nötig machen (siehe Tabelle) wird nun eindeutig von Kapitalisten und Konservativen angeführt. Ausdruck deren Interesses ist es, eine Wiederherstellung der alten Werte zu fordern. Die Diskussion aber überhaupt auf einen „Wertestreit" zu beschränken, erscheint wesentlich zu kurz gegriffen. In der Tat kann es vom Standpunkt der breiten Masse der Bevölkerung her gar kein anderes Herangehen geben, als möglichst früh Maßnahmen zu treffen.

Die Frage, die sich erhebt, ist doch die, welche Art von Maßnahmen. So, wie die Smog-Verordnung jetzt aussieht, bietet sie, kraß gesagt, in der Tat jede Grundlage für eine Notstandsübung. Eindeutige Verbote an die Bevölkerung, mit weitgehenden Befugnissen ausgestattete unbekannte Krisenstäbe, hinter allem die „schützende Hand der Regierung" — diese Kombination läßt nicht allzuviel Gutes erahnen. Zumindest sind da sehr weitgehende Möglichkeiten denkbar. Bis hin zum geschürten Massenzorn gegen Autofahrer.

Wenn man Smog-Alarmpläne zum Schutz der Gesundheit befürwortet, dann muß zumindest Einschränkungen Raum gegeben werden: Keine undefinierten, unbekannten „Krisenstäbe", keine Beseitigung kommunaler Zuständigkeiten und keine Massenverbote, ohne daß die Hauptverursacher — in diesem Fall ohne jeden Zweifel die Montanindustrie — zuerst Maßnahmen ergreifen müssen. Wobei grundsätzlich ohnehin darauf abgezielt werden muß, die Emissionen entscheidend zu begrenzen. Aber dies stellt in der Tat eine gänzlich andere Herangehensweise als das der „Farthmann-Truppe" in den letzten Tagen dar.

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr, 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin** 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.